



Foto: Wolfram Steinberg / picture alliance

Müssen Pflegedienste aufgeben, wird die Versorgung von Menschen gerade in strukturschwachen Regionen immer schwieriger.

Insolvenzen ambulanter und stationärer Anbieter stellen Versorgung zunehmend infrage

Bleibt die Pflege auf der Strecke?

In den letzten Monaten setzt sich ein gefährlicher Trend fort: Immer mehr Anbieter ambulanter und stationärer Pflege gehen pleite oder sind von Insolvenz bedroht. Die Unternehmen verweisen auf gestiegene Kosten und fehlendes Personal. Leidtragende sind vor allem die pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige. Mit Blick auf deren Schicksal bekräftigt der SoVD daher seine Forderungen nach einem leistungsfähig finanzierten Pflegesystem.

Bereits im November vergangenen Jahres sorgte eine Umfrage der Diakonie Deutschland für Besorgnis. Diese ergab, dass jeder zweite ihrer ambulanten Pflegedienste rote Zahlen schreibt; jeder zehnte sei sogar in seiner Existenz gefährdet.

Gestiegene Kosten erschweren die Versorgung

In einigen Bundesländern scheint sich die Lage jetzt weiter zuzuspitzen. Anfang dieses Jahres meldete der Bundes-

verband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa), in Sachsen-Anhalt stünden rund 200 Pflegedienste vor dem wirtschaftlichen Aus. Diese könnten infolge gestiegener Personal- und Sachkosten die Versorgung der Patient*innen nicht mehr aufrechterhalten. Schon jetzt würden einzelne Angebote eingeschränkt. Zudem könnten sie nicht mehr alle ärztlichen Verordnungen der häuslichen Krankenpflege annehmen. Ursächlich dafür seien neben

der allgemeinen Inflation vor allem Lohnsteigerungen sowie Mehrausgaben für Energie und Mieten.

Pflegebedürftige müssen weite Wege in Kauf nehmen

Auch in Nordrhein-Westfalen stehen viele Einrichtungen mit dem Rücken zur Wand. Nach Auskunft der Landesregierung stieg die Zahl der Insolvenzen im Pflegebereich dort zuletzt um das Fünffache. Wegfallende

Fortsetzung auf Seite 2

Schutz vor Launen des Schicksals

Erwerbsminderungsrente soll im Notfall helfen

Seite 3



„ePA“ für alle

Elektronische Patientenakte soll Standard werden

Seite 4



Untere Einkommen entlasten

Höhere Sozialabgaben für Gutverdiener*innen

Seite 6



Buntes Programm beim Inklusionslauf

Am 12. Oktober findet der Lauf für alle statt

Seite 7



Blickpunkt

Mit Brandenburg endeten am 22. September die Ost-Landtagswahlen. Äußerst knapp gewann die SPD (30,9 Prozent) von Ministerpräsident Dietmar Woidke, der daran seine eigene politische Zukunft geknüpft hatte. Über ihre 30 Sitze besitzt die AfD (29,2 Prozent) nun die Sperrminorität. Das ist nicht nur für Brandenburg fatal. Denn schon vor der Wahl erklärten die extremen Rechten ihr Ziel, die Ampelkoalition im Bund zu „zertrümmern“. Und so groß das Aufatmen sein mag, dass sich auf Landesebene eine demo-

kratische Partei durchgesetzt hat: Mit dem guten Abschneiden der AfD ertönt die letzte laute Warnsirene! Die Ostwahlen waren ein politischer Stimmungstest vor der Bundestagswahl. Bis September haben die Koalitionäre im Bund eine enorme Strecke zurückzulegen. Sie müssen dabei geschlossen einen gewaltigen Zahn zuzulegen! Wichtige Entscheidungen wurden bislang nicht getroffen, ob zum Haushalt, Tarifreuegesetz oder Rentenpaket. Gesteckte Ziele blieben unerledigt, darunter spürbare

Hilfen für armutsbetroffene Familien, die Reform zentraler Gesetze für Menschen mit Behinderungen, der Bau von mehr Sozialwohnungen, Maßnahmen zur Mietpreiskontrolle, umfassende Gesundheitsreformen und in der Pflege die finanzielle Entlastung der Kassen. Die Ampel muss ihre Versprechen umsetzen und den Nöten der Menschen gerecht werden. Nur so ist Hetze und Spaltung die Grundlage zu entziehen.

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Hier befindet sich das
Adressfeld für die Etikettierung
im Einzelversand

Insolvenzen ambulanter und stationärer Anbieter stellen Versorgung zunehmend infrage

Bleibt die Pflege immer mehr auf der Strecke?

Fortsetzung von Seite 1

Plätze würden laut bpa kaum noch aufgefangen. Dies könne zu der absurden Situation führen, dass Menschen für einen Platz in der Kurzzeitpflege zwischen 80 und 100 Kilometer weit fahren müssten.

Eine Hiobsbotschaft ist das vor allem für die mehr als fünf Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland und für deren Familien. Denn es sind zum größten Teil Angehörige, die ihnen nahestehende Menschen im gewohnten Umfeld betreuen. Diese Arbeit leisten sie meist rund um die Uhr und nicht selten auch auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit. Eine dringend benötigte Entlastung

der Pflegenden rückt mit dem Wegbrechen entsprechender Angebote nun wortwörtlich in weite Ferne.

Auch Pflegeheime stehen vor gravierenden Problemen

Fällt die Unterstützung durch einen ambulanten Dienst weg, bleibt Betroffenen kaum noch eine Alternative. Denn auch im Bereich der stationären Pflege fehlt es an Fachpersonal. Ein kaum zu bewältigendes Problem ist das vor allem in ländlichen Regionen. In immer mehr Einrichtungen hat dieser Umstand zur Folge, dass dort Zimmer leer bleiben, obwohl die Nachfrage groß ist. Sind die Pflegeheime jedoch nicht aus-

gelastet, geraten sie schnell in eine finanzielle Schieflage und werden unwirtschaftlich.

Längst sind sich auch die Kostenträger dieser Situation bewusst. Nach Einschätzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) sind Insolvenzen von Pflegeheimen in erster Linie auf den herrschenden Personalmangel zurückzuführen. Ein starker Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen verschärfte diese Situation zuletzt obendrein.

Pflegesystem gerät immer mehr unter Druck

Eine große Rolle spielen weiterhin die hohen Eigenanteile in der stationären Pflege. Für Betroffene stellen sie längst ein beachtliches Armutsrisiko dar. Doch eine Besserung ist angesichts leerer Kassen kaum zu erwarten.

Dringende Reformen forderte dabei erst kürzlich auch der Bundesrechnungshof. Mit Blick auf das wachsende Defizit müsse die Bundesregierung umgehend handeln, um letztlich den Fortbestand der sozialen Pflegeversicherung zu garantieren.



Foto: Peter Maszlen / Adobe Stock

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige sind auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen.

Zu deren Zukunft ließ ein Bündnis um den SoVD erst vor gut einem Jahr eine repräsentative Umfrage erstellen. Bei dieser sprachen sich vier von fünf Menschen in Deutschland (81 Prozent) für den Ausbau des bestehenden Systems zu einer Pflegevollversicherung aus.

Der SoVD war und ist sich mit den beteiligten Organisationen darin einig, dass Beschäftigte in der Altenpflege und pflegebedürftige Menschen nicht län-

ger gegeneinander ausgespielt werden dürften. Gute Pflege brauche eine bedarfsgerechte Ausstattung und qualifizierte Pflegekräfte. Betroffene sollten darauf vertrauen können, dass eine solidarische Versicherung, die das Wort „Pflege“ im Namen trägt, auch tatsächlich das Pflegerisiko abdeckt. Sozialhilfe sei kein würdiger Ersatz für Ansprüche aus eigenen Beitragszahlungen.

Joachim Schöne

Klinikreform soll Standorte weiter reduzieren

Zahl der Krankenhäuser geht weiter zurück

In Deutschland wird es künftig weniger Krankenhäuser geben. Das machte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor Kurzem noch einmal deutlich. Während sich die Patient*innen grundsätzlich auf neue Strukturen einstellen müssten, solle die Versorgung im ländlichen Raum aber sichergestellt sein.

Seit Monaten wirbt Lauterbach für seine Reformpläne. Über ein neues Bezahlssystem sollen diese den finanziellen Druck mindern und dafür sorgen, dass etwa medizinisch unnötige Operationen nicht allein aus Umsatzgründen stattfinden. Mittels einheitlicher Qualitätsregeln soll es für Patient*innen künftig einfacher sein, die für sie am besten geeignete Klinik auszusuchen. Ohne die geplanten Veränderungen, so der Minister, würde jede vierte Klinik bereits in den nächsten Jahren in die Insolvenz gehen.

Zuständig für die Krankenhausplanung sind jedoch die einzelnen Bundesländer. Und diese äußerten immer wieder Kritik an Lauterbachs Plänen und mahnten ihrerseits Änderungen an. Da an einer Einigung letztlich kein Weg vorbeiführt, will der Bundesgesundheitsminister die Forderungen der Länder aufgreifen. Über eine Erhöhung bestehender Sicherstellungszuschläge etwa soll speziell der ländliche Raum gestärkt werden.

Dennoch warnte die Deutsche Krankenhausgesellschaft, es würden über Jahrhunderte entwickelte Strukturen verschwinden, die bisher auch ein Stück weit Identifikation für die Menschen in der jeweiligen Region bedeuteten hätten. Das Problem daran ist aber: Schon heute müssen Städte und Landkreise dort auflaufende Milliardendefizite über die kommunalen Haushalte ausgleichen. jos/dpa



Foto: Ralf / Adobe Stock

Große Kliniken werden auch nach der Reform Bestand haben. Schlechter sieht es dagegen für kleinere Standorte aus.

Regelbedarf bleibt bei 563 Euro – SoVD für anderen Berechnungsmechanismus

Nullrunde beim Bürgergeld

Das Bürgergeld ist ein heißes Thema in der Gesellschaft, und auch die Politik streitet viel über die angemessene Höhe der Grundsicherung. Im nächsten Jahr wird es keine Erhöhung der Regelsätze geben. Für viele Menschen am Existenzminimum ist das eine Belastung, kritisiert der SoVD.

Der Regelsatz beim Bürgergeld wird auch 2025 für Alleinstehende bei monatlich 563 Euro liegen. Damit bestätigte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) frühere Spekulationen, wonach die Anpassung gering ausfallen oder es gar keine Erhöhung geben könnte.

Grund für die stagnierende Höhe ist die gesunkene Inflation. Nach dem Berechnungsmechanismus ergäbe sich für das nächste Jahr sogar ein sinkendes Niveau der Regelsätze. Da eine Reduzierung der Sätze jedoch gesetzlich ausgeschlossen ist, bleiben sie vorerst auf dem aktuellen Niveau.

Der SoVD kritisiert die Berechnung der Regelsätze. Denn obwohl die Inflation insgesamt zurückgegangen ist, steigen gerade die Preise für Lebensmittel weiter und belasten Menschen, die vom Existenzminimum leben müssen.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier stellt dazu fest: „Dass nach Jahren der Krise und auf hohem Niveau verharrenden Preisen für Dinge des täglichen Bedarfs



Foto: Jens Kalaene / picture alliance

Für Beziehende von Bürgergeld gibt es 2025 nicht mehr Geld, obwohl die Preise in diesem Jahr weiter gestiegen sind.

nun eine Nullrunde droht, liegt an der geltenden Berechnungsformel für die Regelbedarfe. Sie zielt darauf ab, die Höhe der Regelbedarfe herunterzurechnen, nicht den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln.“

Der SoVD fordert deshalb ein neues Verfahren zur Ermittlung der Regelbedarfe, das die tatsächlichen Bedürfnisse der Betroffenen im Blick behält. Der Verband tritt dafür ein, dass die

Regelbedarfe jährlich entsprechend der Lohnentwicklung fortgeschrieben werden. Sollte die Preisentwicklung über der Lohnentwicklung liegen, würde die Anpassung anhand der Preisentwicklung erfolgen.

Zur Fortschreibung der Regelbedarfe in der Grundsicherung und mit Ideen zur Reform ihrer Berechnung hat der SoVD eine Stellungnahme auf seiner Website veröffentlicht. str

Rente wegen Erwerbsminderung soll wegfallendes Erwerbseinkommen ausgleichen

Schutz vor den Launen des Schicksals

Personen, die durch eine Krankheit oder infolge eines Unfalls nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten, können eine Rente wegen Erwerbsminderung beantragen. Betroffen hiervon sind in Deutschland jedes Jahr rund 170.000 Menschen. Um den Anspruch auf eine solche Leistung vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters geltend zu machen, gilt es jedoch, einige Hürden überwinden.

Der Weg zum Rentenbescheid ist lang und steinig. Eine wichtige Rolle spielen die individuellen gesundheitlichen Voraussetzungen. Denn es gibt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen einer Rente wegen voller und einer wegen teilweiser Erwerbsminderung. Als vollständig erwerbsunfähig gilt, wer für absehbare Zeit nicht in der Lage ist, mehr als drei Stunden täglich einer beliebigen Arbeit nachzugehen. Teilweise erwerbsgemindert sind Personen, die nicht mehr als sechs Stunden täglich arbeiten können.

Trifft einer dieser Umstände zu, bleiben versicherungsrechtliche Vorgaben: Antragsteller*innen müssen wenigstens fünf volle Jahre in die gesetzliche Rente eingezahlt haben. Außerdem müssen sie innerhalb der letzten

fünf Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung mindestens 36 Monate Rentenbeiträge vorweisen können. Hierzu zählen unter Umständen auch sogenannte Wartezeiten, etwa für die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen.

Zudem prüft die Deutsche Rentenversicherung, ob eine medizinische oder eine berufliche Rehabilitation die Lage verbessern könnte. Nur wenn das nicht der Fall ist, besteht Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente.



Gewährt sie diese tatsächlich, geschieht das in der Regel nur befristet. Sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes sollten Betroffene daher einen neuen Antrag stellen.

Personen, die erwerbsgemindert sind, dürfen sich zu den meist überschaubaren Bezügen etwas hinzuverdienen, ohne dass ihre Rente gekürzt wird. Voraussetzung ist, dass sie dabei im Rahmen des festgestellten Leistungsvermögens – also unter drei oder unter sechs Stunden täglich – sowie im Rahmen der geltenden Hinzuverdienstgrenzen bleiben. Mit Erreichen der persönlichen Regelaltersgrenze endet die Erwerbsminderungsrente.

Fotos: R. Gino Santa Maria, James Steidl/Adobe Stock; Montage: SoVD

In gewisser Weise erfüllt die Erwerbsminderungsrente die Funktion eines Sicherheitsnetzes.

Bereits vor Antragstellung

Das sollten Sie beachten

Wer eine Rente wegen Erwerbsminderung beantragt, sollte wesentliche Punkte im Blick haben:

- Erhalten Sie eine bestehende Behandlung aufrecht und achten Sie darauf, dass Ihr Gesundheitszustand gut dokumentiert ist. Weisen Sie im Zweifel darauf hin, dass diese Berichte für Sie wichtig sind.
- Verfahren können sehr lange dauern. Informieren Sie sich daher rechtzeitig über andere absichernde Leistungen.
- Bleiben Sie arbeitsuchend gemeldet. Denn gerade bei langen Verfahren spielen rentenrechtliche Voraussetzungen eine entscheidende Rolle.
- Suchen Sie rechtzeitig eine sozialrechtliche Beratung auf. Details zu den Angeboten des SoVD erfahren sie über Ihren Landesverband oder online unter: www.sovd.de. jos

Interview

„Kein Mensch sucht sich das freiwillig aus“

Fabian Beine (39) arbeitet als Kreisgeschäftsführer im SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam mit seinen Kolleg*innen ist der Jurist im Sozialberatungszentrum Minden für rund 4.200 Mitglieder zuständig. Neben dem Schwerbehindertenrecht ist das Thema Rente wegen Erwerbsminderung ein Schwerpunkt in der Beratung. Wir sprachen mit Fabian Beine über seine Erfahrungen.



Fabian Beine

Warum wenden sich so viele Mitglieder speziell mit Fragen zur Rente wegen Erwerbsminderung an den SoVD?

Oft ist es einfach so, dass sich gerade die letzten Jahre hin zur Altersrente gesundheitlich nicht überbrücken lassen. Zudem werden Menschen in der heutigen Arbeitsrealität häufig über ihre individuellen Belastungsgrenzen hinaus gefordert. Aus meiner Sicht wirken sich hier der Leistungsdruck und die hohe Zahl an Überstunden negativ aus.

Erkundigen sich Ratsuchende denn immer gezielt nach den bestehenden Möglichkeiten?

Nicht unbedingt. Ich habe durchaus auch Mitglieder vor mir sitzen, die bereits in Teilzeit tätig sind. Manchmal kommt dann erst im Gespräch heraus, dass sie das nicht freiwillig tun, sondern etwa aufgrund einer Erkrankung nicht länger arbeiten können.

Das heißt, es gibt eine Dunkelziffer von Menschen, die ihren Anspruch auf eine Rente nicht wahrnehmen?

Absolut. Das hängt sicherlich auch mit der Mentalität zusammen. Viele beißen, wie man so sagt, die Zähne zusammen und

machen weiter, bis sie irgendwann in der Altersrente angekommen sind.

Was ist der häufigste Grund dafür, dass jemand nicht mehr arbeiten kann?

Zu den Ursachen gehörten lange Zeit vorrangig orthopädische oder kardiologische Beschwerden. Heute sind es insbesondere psychische Erkrankungen, die zu einer Erwerbsminderungsrente führen.

Wie belastend ist die Situation für die Betroffenen selbst und wie gehen die damit um?

Das ist ein sehr vielschichtiges Problem, auch, weil Leistung in unserer Gesellschaft eine große Rolle spielt. Ich habe bei den Beratungen noch niemanden erlebt, der einfach keine Lust mehr hatte, zu arbeiten. Im Gegenteil. Die Menschen tun in der Regel alles, um gesund zu werden und wieder arbeiten zu können. Das funktioniert aber nicht immer. Am meisten zu schaffen machen den Betroffenen die Anforderungen, die sie an sich selbst stellen: „Ich habe das doch damals geschafft. Ich war doch leistungsfähig und konnte mir alles abverlangen. Wieso geht das nicht mehr?“ Wer sich mit dem eigenen Zu-

stand nicht zurechtfindet, gerät in einen Teufelskreis. Und diese Entwicklung sucht sich niemand freiwillig aus.

Ist das Sozialversicherungssystem nicht darauf ausgelegt, diese Menschen aufzufangen?

Grundsätzlich ja, es kommt aber letztlich auf das Verhalten des zuständigen Trägers an. Einige haben da volles Vertrauen in die jeweilige Behandlung und sehen etwa das Krankengeld so, wie es auch gesetzgeberisch gedacht ist, nämlich als Überbrückung bis hin zur Genesung. Andere dagegen fordern zügig zu einer Reha auf, um Betroffene möglichst schnell aus dem Bezug von Leistungen rauszubekommen.

Sind denn nicht die konkreten Leiden der Betroffenen ausschlaggebend für die weiteren Maßnahmen?

Ich erlebe es immer wieder, dass verwaltungsseitige Begutachtungen schnell abgehandelt werden. Dahinter muss noch nicht einmal böse Absicht stecken. Aber in 15 oder 30 Minuten kann man beispielsweise kein komplexes psychisches Beschwerdebild erfassen und erst recht nicht die daraus folgenden Einschränkungen be-

nennen. Das führt im Extremfall dazu, dass gravierende Erkrankungen falsch diagnostiziert werden und die Leistungsbewertung krachend daneben geht. Und das darf natürlich nicht sein.

Das klingt nach einem grundsätzlichen Fehler im System.

Eigentlich ist es Aufgabe der Rentenversicherungsträger, eine Erwerbsfähigkeit zu erhalten oder diese wiederherzustellen. Mein Eindruck ist jedoch, dass es nur noch darum geht, Leistungen zu gewähren oder abzulehnen. Wie man konstruktiv zur Gesundheit der Versicherten beitragen könnte, spielt da kaum eine Rolle.

Wie könnte das Ihrer Meinung nach besser funktionieren?

Kommt eine Rente wegen Erwerbsminderung aus der Sicht eines Trägers nicht infrage, dann könnte dieser seine Ablehnung doch mit der Gewährung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben verbinden. Die Botschaft wäre dann: „Du bist nicht so schwer erkrankt, dass du keine sechs oder drei Stunden auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt leisten kannst, aber wir kriegen dich für eine andere leidensgerechte Tätigkeit wiederhergestellt.“ Aber das passiert

nicht. Es wird einfach abgelehnt und dann stehen die Menschen da. Das ist nicht nur frustrierend und zerstört den Glauben an staatliche Institutionen, sondern es ist auch wirtschaftlich unklug.

Zumal die Betroffenen ja krank sind und vermutlich kaum noch Ressourcen für den Streit mit Behörden haben dürften.

In der Tat, und das vor dem Hintergrund durchaus mehrjähriger Rechtsstreite. Gerade bei psychischen Erkrankungen haben wir überdies eine äußerst vulnerable Gruppe von Versicherten. Wer da drin ist, hat häufig keine Widerstandskraft mehr. Man kann das eigene Leben kaum noch bewältigen und bekommt dann vom Rentenversicherungsträger gesagt: „Du simulierst, geh mal wieder arbeiten!“ Dafür fehlt mir jedes Verständnis.

Interview: Joachim Schöne

Arbeitsminister fordert baldige Erhöhung auf 15 Euro

Heil bringt höheren Mindestlohn ins Spiel

2026 steht die nächste Anpassung des Mindestlohnes an. In einem Brief an die Mindestlohnkommission wirbt Hubertus Heil (SPD) für eine deutliche Erhöhung auf 15 Euro. Als Grund nennt er eine EU-Richtlinie, die in deutsches Recht umgesetzt werden müsse.

Der Mindestlohn stieg zum Jahresbeginn um nur 41 Cent auf 12,41 Euro pro Stunde. Für 2025 ist bereits eine weitere Anpassung um erneut 41 Cent auf dann 12,81 Euro beschlossen.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bringt nun Bewegung in die Debatte über die weitere Entwicklung. In einem Schreiben an die Mindestlohnkommission drängt er auf eine deutliche Erhöhung im nächsten Zyklus. Nach seinen Vorstellungen müsste der Mindestlohn 2026 auf mindestens 15 Euro steigen.



Foto: auremar / Adobe Stock

In der Gastronomie verdienen viele Menschen Mindestlohn.

Mindestlohn in Deutschland unterhalb von EU-Richtlinie

Grund dafür ist eine EU-Richtlinie, die vorsieht, dass der Mindestlohn 60 Prozent des Medianeinkommens betragen soll. Von diesem Wert ist der deutsche Mindestlohn weit entfernt. Nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wären das in Deutschland aktuell 15,27 Euro.

Der SoVD plädiert ebenfalls für eine spürbare Erhöhung des Mindestlohnes auf ein angemessenes Niveau von 15,02 Euro – und zwar nicht erst 2026, sondern bereits im nächsten Jahr.

Entscheidung liegt bei der Mindestlohnkommission

Langfristig sieht auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) 15 Euro als Ziel, wie er im November letzten Jahres in einem Interview sagte. Über die Höhe entscheidet jedoch nicht die Politik, sondern die Mindestlohnkommission. In dieser legen Vertreter*innen von Gewerkschaften, Arbeitgebenden und aus der Wissenschaft die Entwicklung der Lohnuntergrenze fest. Der Arbeitgebervertreter Steffen Kampeter hat Hubertus Heil deshalb für dessen Schreiben an die Kommission kritisiert und wies die Forderung zurück.

Die Entscheidung über die niedrigen Erhöhungen für die Jahre 2024 und 2025 um jeweils lediglich 41 Cent fiel mit einer Mehrheit gegen die Stimmen der Gewerkschaften.

Elektronische Patientenakte kommt – das ist neu für gesetzlich Krankenversicherte

Patientendaten werden digital

Mehr Digitalisierung soll das Gesundheitswesen verbessern. Darauf zielen mehrere neue Gesetze, bei deren Entstehung der SoVD die Versichertenseite einbrachte. E-Rezept und E-Krankschreibung sind schon Pflicht. Doch viele Debatten und Änderungen, von Technik bis Datenschutz, gab es um die elektronische Patientenakte. Seit 2021 für Freiwillige, kommt 2025 die „ePA für alle“ – außer, man widerspricht.

Die „Opt-out-Regelung“ ersetzt das bisherige „Opt-in“, das heißt: Wer die E-Akte nicht aktiv abwählt, erhält sie. Dadurch sollen sie möglichst viele nutzen – statt wie jetzt nur rund ein Prozent. Nur dann bietet sie Vorteile, dem Gesundheitssystem wie der Einzelperson. Alle gesetzlich Krankenversicherten bekommen sie; das Gesundheitsministerium hofft auf 80 Prozent bis Ende 2025. Privat Versicherte können sie auf Wunsch ebenfalls erhalten.

Start ist am 15. Januar 2025 in den Modellregionen Franken und Hamburg. Deutschlandweit ist der 15. Februar geplant.

Vorteile: weniger Aufwand und alle Infos im Blick

Medikamente, Untersuchungen, Laborwerte, Befunde, Röntgenbilder, Allergien: Alles, meist noch auf Papier, legt bisher jede Praxis und Klinik bei sich ab. Anderes, wie Rezepte, Impfpass, Arzt- oder Entlassbriefe, haben die Patient*innen selbst, oft als „Zettelwirtschaft“. Für eine Behandlung müssen sie Daten von vielen Orten zusammentragen, damit Ärzt*innen und Therapeut*innen alles berücksichtigen können. Die Gefahr ist, dass manches verloren oder untergeht, das wichtig für die Diagnose und Therapie wäre. Und im Notfall ist man womöglich gar nicht auskunftsfähig.

Darum sollen Patient*innen ihre Gesundheitsdaten besser



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Wichtige Angaben wie Befunde, Blutwerte und Medikamentenpläne muss man bald nicht mehr von Praxis zu Praxis tragen.

immer beisammen haben, und zwar digital. So können sie Infos nachschlagen oder den Behandelnden zur Verfügung stellen.

Der Forschung soll das ebenfalls nutzen – falls man nicht widerspricht. Hierzu werden Datenbündel pseudonymisiert. Der Versuch, die Identität zurückzuverfolgen, ist strafbar.

Dies regeln das Digital-Gesetz (DigiG) und das Gesundheitsdaten-Nutzungsgesetz (GDNG).

Wer verfügt über die Akte und wie bekommt man sie?

Alle Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen müssen künftig viele Pflichtdaten in digitaler Form haben und in die ePA einstellen. Dazu müssen sie aber darauf Zugriff haben. Dem können Versicherte generell

widersprechen oder nur für bestimmte Angaben, die sie nicht in ihrer Akte wollen. Sie sollten jedoch an Transparenz-Vorteile denken. Denn sie selbst haben und verwalten die Akte und können auch Daten hochladen.

Die ePA stellt die Krankenkasse bereit, und zwar als App. Einfach einsehen kann sie sie nicht. Jede Kasse hat eine eigene ePA-App, und vorher muss sie darüber informieren. Für Menschen ohne Smartphone oder Tablet soll es eine Lösung am PC geben. Wer gar kein digitales Endgerät hat, kann sich die Akte in der Ombudsstelle seiner Kasse anlegen und ausdrucken lassen. Diese hilft auch beim Einrichten der App. Wie die ganze Umsetzung in der Praxis läuft, wird der SoVD kritisch begleiten. *ele*

SoVD im Gespräch



Foto: SoVD

Mit Staatssekretär Hartmut Höppner (Mitte) sprachen die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und SoVD-Referent Quentin Mönnich im Bundesverkehrsministerium über Mobilität. Konstruktiv und offen tauschten sie sich zu Themen aus, die für die SoVD-Mitglieder besonders wichtig sind – vom bezahlbaren Deutschlandticket bis hin zum barrierefreien Verkehrswesen.

Austausch im Ministerium zu Verkehrsfragen

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf Hartmut Höppner, Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV). Mit dabei war SoVD-Referent Quentin Mönnich. Engelmeier machte klar, wie wichtig es sei, dass es weiter das Deutschlandticket für 49 Euro gibt. Zudem sei das Sozial-Deutschlandticket nötig.

Ein weiteres großes Thema war Barrierefreiheit. Mobilität für alle sei bei der Inklusion essenziell, so Engelmeier. Auch dürfe die Novelle der Elektrokleinst-

fahrzeugverordnung nicht zu noch mehr auf Fußwegen abgestellten E-Scootern führen – gefährlich vor allem für Menschen mit Geh- und Sehbehinderungen.

Man war sich einig, dass genug Geld in die Verkehrsinfrastruktur fließen müsse, um allen gute Mobilität vor Ort anzubieten und Teilhabe zu ermöglichen.

Die Sicherheit der Patienten im Blick haben

Am 17. September sprach Michaela Engelmeier bei der Verleihung des „Journalistenpreises Patientensicherheit“. Der Preis wurde anlässlich des

Welttages der Patientensicherheit zum ersten Mal verliehen. Die Auszeichnung erhielten Lucia Schmidt (FAZ-Gesundheitspodcast) sowie Samuel Kirsch und Arta Ramadani (ZDF heute).

In ihrem Impulsvortrag betonte Michaela Engelmeier die Bedeutung von Patientensicherheit und stellte die Forderungen des SoVD heraus: „Zur Verbesserung der Patientensicherheit braucht es ein bundesweit zentrales und unabhängiges Fehlermelderegister, das Informationen über Behandlungs- und Pflegefehler anonym bündelt.“ Außerdem forderte sie eine Meldepflicht für sogenannte „Never Events“, wie vermeidbare, schwerwiegende Behandlungsfehler genannt werden.

Bündnis um den SoVD fordert mehr Engagement von staatlichen Stellen

Aufruf gegen Kinderarmut

Kinderarmut bleibt ein drängendes Problem in Deutschland. Jedes fünfte Kind und jede*r vierte Jugendliche ist von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Das Bündnis „Ratschlag Kinderarmut“ veröffentlichte im September einen Appell für mehr Einsatz bei der Bekämpfung von Kinderarmut.

Der SoVD und 50 weitere Organisationen forderten in einem Appell am Ende der Sommerferien, den Stillstand bei der Bekämpfung von Kinderarmut zu beenden. Dazu müssten alle staatlichen Ebenen aktiv werden und das Kooperationsverbot überwinden. Das Bündnis kritisiert die momentane Praxis von Bund, Ländern und Kommunen, die Verantwortung hin- und herzuschieben, denn das verhindere Fortschritte beim Kampf gegen Kinderarmut.

Die Unterzeichnenden fordern umfangreiche Investitionen in die soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Dazu zählten niedrigschwellige und wohnortnahe Unterstützungsleistungen, eine gut ausbaute Bildungsinfrastruktur sowie ausreichend finanzielle Ressourcen für Familien, Kindern und Jugendlichen, um an Bildung sowie an sozialen und kulturellen Angeboten teilzuhaben.

Für den SoVD hatte die Vorstandsvorsitzende Michaela



Foto: jef77 / Adobe Stock

Kinderarmut führt zu Ausgrenzung und weniger Teilhabe. Der „Ratschlag Kinderarmut“ fordert eine stärkere soziale Infrastruktur.

Engelmeier den Appell unterschrieben. Anlässlich der Veröffentlichung betonte sie: „Spätestens seit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht im Jahr 2000 sollte allen klar sein, dass Kinderarmut ein strukturelles Problem ist. Leider hat sich bis heute wenig geändert

– die Sozialleistungen decken

nach wie vor kaum das tatsächliche Existenzminimum von Kindern ab. Mit Geld allein ist es aber nicht getan. Für Familien mit geringem Einkommen ist eine starke soziale Daseinsvorsorge unverzichtbar.“

Der komplette Aufruf ist auf der SoVD-Website im Bereich „Pressemitteilungen“ zu finden.

Beratungsstellen kritisieren fehlende Finanzierung – Gewalthilfegesetz muss kommen

Zu wenig Schutz für Frauen

Fast jeden zweiten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Insgesamt werde viel zu wenig Geld in den Schutz von Frauen investiert, kritisiert der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff). Der SoVD mahnt zu einer zügigen Umsetzung des Gewalthilfeschutzgesetzes.

Es sei wichtig, dass Frauen professionelle Hilfe bekämen, zum Beispiel in einer Beratungsstelle. Stattdessen erhielten sie im Kontext von Partnerschaftsgewalt vom nahen Umfeld häufig den lapidaren Hinweis: „Trenn dich doch einfach!“, sagte Katja Grieger, bff-Geschäftsführerin, der dpa. 2023 wurden nach Zahlen des Bundeskriminalamtes in Deutschland 155 Frauen durch ihren (Ex-)Partner getötet – das waren 22 mehr als im Vorjahr.

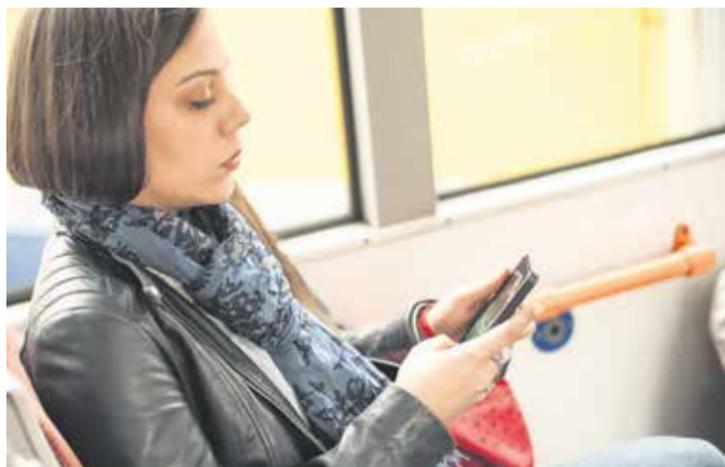


Foto: guruXOX / Adobe Stock

Anrufende aus dem deutschen Mobil- und Festnetz erreichen das Hilfefetelefon „Gewalt gegen Frauen“ unter: 116 016. Das Angebot ist anonym, kosten- und barrierefrei sowie in 18 Fremdsprachen verfügbar.

line-Petition mit der Forderung zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes noch in dieser Legislaturperiode. SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier war Erstunterzeichnerin, um mit anderen Akteur*innen ein Zeichen gegen patriarchale Gewalt zu setzen. Umfassender Gewaltschutz sei erst erreicht, wenn „jede betroffene Frau mit und

ohne Behinderungen Zugang zu barrierefreien Beratungsstellen hat und Zuflucht in barrierefreien Frauenhäusern in Deutschland findet“, betont Engelmeier. „Ohne eine verbindliche Finanzierung aller staatlichen Ebenen – insbesondere die des Bundes – ist das nicht umsetzbar. Deshalb ist das Gewalthilfegesetz jetzt notwendig!“

Veronica Sina

Kein flächendeckendes Gefährdungsmanagement

Grieger weist darauf hin, dass die sogenannte Istanbul-Konvention, ein Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, in Deutschland zwar seit 2018 geltendes Recht ist. Doch gebe es das darin vorgesehene Gefährdungsmanagement nicht flächendeckend.

Im Sommer startete die bundesweite Kampagne „Gewaltschutz kostet Geld und rettet Leben“. Ein Baustein ist eine On-

Einmalzahlung oder höhere Rentenansprüche

Späterer Rentenbeginn: Regierung plant Anreize

Die Ampelkoalition möchte Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben halten, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Der SoVD kritisiert, dass die Pläne Menschen benachteiligen, die gesundheitliche Probleme haben oder deren Job abgebaut werden soll.

Nach Ansicht der Regierung gehen zu viele Menschen vor der Regelaltersgrenze mit Abschlüssen in den Ruhestand. Anreize zum längeren Arbeiten sollen diesen Trend umdrehen.

Kernstück der Vorschläge ist die sogenannte „Rentenaufschubprämie“. Wer nach Erreichen der Regelaltersgrenze 12 bis maximal 36 Monate weiter arbeitet, soll dafür finanziell belohnt werden. Rentenversicherte können entweder ihre Rentenansprüche um 0,5 Prozent pro Monat erhöhen oder eine Prämie ausgezahlt bekommen. Dann erhalten sie eine Einmalzahlung in Höhe der entgangenen Rentenzahlungen. Ab 2028 sollen die Pläne greifen.

Zusätzlich ist vorgesehen, dass Arbeitgebende die Arbeitgeberbeiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung freiwillig den beschäftigten Rentner*innen als Prämie auszahlen können.

Der SoVD betrachtet die Pläne insgesamt skeptisch. Gerade bei der Rentenaufschubprämie ist zu erwarten, dass sie nur für Menschen infrage kommt, die gesundheitlich in der Lage sind, weiterhin einer Erwerbsarbeit nachzugehen, und die einen passenden Arbeitsplatz haben.

Aus Sicht des SoVD ist viel wichtiger, dass die Menschen so lange wie möglich gesund arbeiten können, um tatsächlich die Regelaltersgrenze zu erreichen.

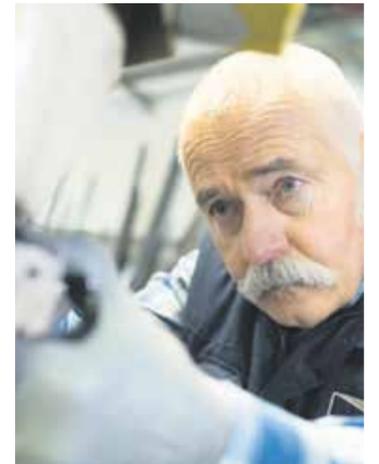


Foto: auremar / Adobe Stock

Arbeiten bis 70? Die Regierung will das finanziell belohnen.

Staat schenkt Jugendlichen 100 Euro für Events

18-Jährige haben Anspruch auf KulturPass

Jugendliche des Geburtsjahrganges 2006 – also alle, die in diesem Jahr 18 geworden sind oder es noch werden – haben Anspruch auf den KulturPass des Bundes. Bei einer Anmeldung bis zum 31. Dezember 2025 können sie damit ein 100-Euro-Guthaben nutzen, um Kulturevents zu besuchen oder Bücher zu kaufen.

Der KulturPass ist ein Geschenk vom Staat. Damit kann man bis Ende 2025 Konzerte, Kinos oder Festivals bis zum Preis von 100 Euro umsonst besuchen. Auch Bücher, Musikinstrumente und Kurse mit Kulturbezug gibt es kostenfrei. Wer schon 2023 18 Jahre alt geworden ist (Geburtsjahr 2005), kann sein Budget noch bis zum 31. Dezember 2024 nutzen.

Zur KulturPass-App und weiteren Informationen führt folgende Adresse: <https://www.kulturpass.de/jugendliche#c7187>

Im Browser findet man den KulturPass unter: <https://storefront.prod.kulturpass.de/>.

Anleitungen und Hilfe erhalten interessierte Jugendliche unter: <https://service.kulturpass.de/help/de-de/2-jugendliche>.



Grafik: kulturpass.de / BKM



SoVD warnt vor weiteren Mehrbelastungen

Steigende Kosten für Krankenversicherte

Die Milliardenkosten für die Gesundheitsversorgung steigen weiter. Das schlägt immer stärker auf die Finanzlage der Kassen durch. Nun hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) erneut erkennen lassen, dass 2025 mit Beitragsanhebungen zu rechnen ist.

Der von den Kassen erhobene Zusatzbeitrag lag im August im Schnitt bei 1,78 Prozent. Bis dahin hatten 22 Kassen ihren Zusatzbeitrag zwischenzeitlich angehoben. Insgesamt standen laut Angaben des Ministeriums in den ersten sechs Monaten dieses Jahres Einnahmen von 159,1 Milliarden Euro Ausgaben von 161,3 Milliarden Euro gegenüber. Dabei seien die Leistungsausgaben um 7,6 Prozent gestiegen und damit deutlich stärker als in den vergangenen Jahren, hieß es. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen erklärte, für das Gesamtjahr sei mit einem Defizit von 4 bis 4,5 Milliarden Euro zu rechnen. Der gesamte Beitrag, den sich Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen teilen, umfasst daneben den allgemeinen Satz von 14,6 Prozent des Bruttolohnes.

Der SoVD ist besorgt über die angekündigten Beitragserhöhungen in der Kranken- und auch in der Pflegeversicherung. Michaela Engelmeier, Vorstandsvorsitzende des SoVD, kritisiert: „Höhere Beiträge werden insbesondere diejenigen treffen, die ohnehin schon an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit sind.“ Bei allem Reformbedarf im Gesundheitswesen dürften die Kosten nicht einseitig auf die Schultern der Beitragszahler abgewälzt werden. „Um die Unterstützung der Bürger*innen für die anstehenden, wichtigen Reformen nicht zu gefährden, müssen die Lasten gerecht verteilt werden.“ Statt Beitragsmittel der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen und der Krankenhausreform zweckzufremden, müsse auf Steuermittel zurückgegriffen werden, so Engelmeier. *Veronica Sina*

Alzheimer-Todesfälle in 20 Jahren fast verdoppelt

Demenzkrankungen nehmen weiter zu

Die Zahl der Todesfälle aufgrund von Alzheimer hat sich binnen 20 Jahren fast verdoppelt. 2023 starben in Deutschland rund 10.100 Menschen an der unheilbaren Demenzerkrankung, 2003 waren es noch rund 5.100 Menschen. Das teilte das Statistische Bundesamt anlässlich des Welt-Alzheimer-tages am 21. September mit.

Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der 2023 daran Verstorbenen war 85 Jahre und älter. Nur rund zwei Prozent waren jünger als 65 Jahre. Rund 19.000 Patient*innen wurden im Jahr 2022 wegen Alzheimer in Kliniken stationär behandelt. Die Zahl stieg um 61 Prozent im Vergleich zum Jahr 2002. Knapp die Hälfte der Behandelten (49 Prozent) war 2022 zwischen 75 und 84 Jahre alt, gut ein Viertel (28 Prozent) war älter. Nur sechs Prozent waren jünger als 65 Jahre. 58 Prozent waren Frauen, 42 Prozent Männer.

Der – weltweite – Anstieg der Behandlungszahlen und der Todesfälle ist auch auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen.

So nahm die Zahl der Menschen ab 65 Jahren in Deutschland zwischen 2003 und 2023 um 27 Prozent auf 18,9 Millionen zu. Die Altersgruppe ab 85 Jahren stieg um 110 Prozent auf 2,9 Millionen an.

Noch immer ist Alzheimer nicht heilbar. Doch es gibt inzwischen Hinweise darauf, dass sich eine Demenz oft durch verschiedene Maßnahmen zumindest erheblich verzögern lässt. Als Risikofaktoren gelten hingegen wenig körperliche Bewegung, Übergewicht und Diabetes, Rauchen und Alkoholkonsum, Bluthochdruck sowie soziale Isolation, Depression, geringe Bildung, Hirnverletzungen, Hörmindering und Luftverschmutzung. *veo/dpa*



Foto: bilderstoeckchen/Adobe Stock

Das Alzheimer-Risiko steigt mit dem Alter.

SoVD begrüßt die Regierungsläne zu höheren Sozialabgaben für Gutverdiener*innen

Untere Einkommen entlasten

Für Einkommen bis zur sogenannten Beitragsbemessungsgrenze werden Sozialabgaben fällig. Der Wert wird regelmäßig angepasst – im kommenden Jahr soll diese kräftig angehoben werden. So sieht es ein Verordnungsentwurf des Bundesarbeitsministeriums vor. Der SoVD begrüßt das Vorhaben.

Demnach sollen in der gesetzlichen Rentenversicherung bis zu einem Monatseinkommen von 8.050 Euro Beiträge fällig werden.

Aktuell liegt der Wert deutlich niedriger und unterscheidet sich zwischen alten und neuen Bundesländern: Im Westen beträgt er 7.550, im Osten 7.450 Euro im Monat. Wer mehr verdient, zahlt nur bis zu dieser Grenze Rentenbeiträge. Auf darüber liegendes Einkommen werden bislang keine Beiträge fällig.

Die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung soll künftig auf 5.512,50 Euro steigen. Der Entwurf ist innerhalb der Regierung bereits in die Ressortabstimmung gegangen.

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier begrüßte die Pläne der Bundesregierung.



Foto: AnnaStills/Adobe Stock

Menschen in den unteren Einkommensklassen stemmen oft überproportional schwer an der Finanzierung wichtiger Maßnahmen.

Die jährliche Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen sei ein notwendiger Schritt zur Stabilisierung der beitragsfinanzierten Sozialversicherungen, so Engelmeier. „Höhere Beitrags-

bemessungsgrenzen bedeuten, dass höhere Einkommen stärker an der Finanzierung beteiligt werden, um Lasten gerechter zu verteilen. Das können wir nur gutheißen.“ *veo*

Neu erschienenenes Standardwerk vermittelt komplexes Wissen auf verständliche Weise

Sonderwelten statt Inklusion

Das Wort „Inklusion“ ist allgegenwärtig in den Medien, auch im vollmundigen Sprachgebrauch vieler Politiker. Umgesetzt ist davon allerdings trotz aller verbindlichen Rechtsnormen herzlich wenig. Die immer noch vorhandenen Sonderwelten für Menschen mit Behinderungen in Kindergärten, Schulen, Werkstätten und Wohnheimen stehen jetzt im Fokus eines neuen Standardwerkes für eine inklusive Gesellschaft unter dem Titel „Von Behinderung befreit“ aus dem Kohlhammer-Verlag.

Zu den Autoren zählen auch SoVD-Verbandsratspräsident Bernhard Sackarendt und der langjährige Akteur in der früheren Integ-Jugendorganisation des SoVD, Uwe Heineker.

Sackarendt geht kritisch mit den Werkstätten ins Gericht und fordert, diese Sondereinrichtungen dürften nicht länger lebenslange Arbeitsstätten sein, sondern müssten sich zu echten Rehabilitationseinrichtungen entwickeln. Auch sollte das Mindesteinkommen im Arbeitsbereich der gesetzliche Mindestlohn sein, so der Autor. Derzeitige Werkstätten werden im Buch als „harter Kern eines Exklusionssystems, das unter menschenrechtlichem Aspekt seine Existenzberechtigung verloren hat“ eingestuft.

Heineker („Mein Menschenrecht auf Bildung: unteilbarer, universeller Wert meiner Menschenwürde“) beschreibt in seiner sehr persönlich gehaltenen Analyse aus eigenem Erleben die „Inkompetenz des Staates und seiner Behörden in Sachen inklusiver Bildung“. Am eigenen Leib habe er alles durchleben müssen von der amtlich attestierten Bildungsunfähigkeit bis



Das Autorenteam zeigt Alternativen auf dem Weg zur Inklusion.

zu seinem späteren Studienabschluss. Exemplarisch wird dabei deutlich, welche Hürden ihm und seiner Familie in den Weg gestellt wurden. Heinekers Fazit: Sondereinrichtungen sind in ihrer Struktur reformresistent und müssen schrittweise abgeschafft werden.

Noch immer, so der rote Faden, der sich durch alle Kapitel zieht, werden behinderte Menschen kategorisiert, benachteiligt und in Sonderwelten abgeschoben. Das Buch zeigt aber nicht nur Mängel und Fehlentwicklungen

auf, sondern präsentiert Alternativen auf dem Weg zur Inklusion als Grundstein einer demokratischen Gesellschaft mit dem Ziel der selbstverständlichen Zugehörigkeit und gleichberechtigten Teilhabe.

Herausgeber sind Ulrich F. Scheibner und Wilfried Windmüller, die zu den entscheidenden Mitgestaltern des deutschen Werkstättenrechts zählen. Lesende tauchen tief ein in komplexe Zusammenhänge und erfahren, warum es Demokratie, Freiheit und Inklusion in Sonderwelten niemals geben kann. „Es mangelt einfach an Menschenwürde, Autonomie und Entscheidungsfreiheit“, so das Autorenteam. Komplexes Wissen wird verständlich vermittelt, und deshalb ist das Buch lesenswert nicht nur für Lehrende und Studierende der Heil- und Sonderpädagogik oder Fachkräfte in Sondereinrichtungen, sondern auch für alle sozialpolitisch interessierten Menschen. *Helmut P. Etzkorn*

Scheibner/Windmüller (Hrsg.): „Von Behinderung befreit – Inklusive Alternativen zur Sonderwelt bei Bildung, Arbeit und Wohnen“. Erschienen im Kohlhammer-Verlag, 278 Seiten, 42 Euro.

Große Sportveranstaltung des SoVD am 12. Oktober in Berlin: „Der Lauf für alle“ geht in die nächste Runde

Ein buntes Programm beim Inklusionslauf

Es dauert nicht mehr lange, bis auf dem Tempelhofer Feld wieder Vielfalt und Inklusion gefeiert wird. Der SoVD richtet dann wieder den Inklusionslauf aus und freut sich auf viele Teilnehmende auf und neben der Strecke. Neben mehreren Läufen über unterschiedliche Distanzen sind ein interessantes Bühnenprogramm mit Musik und Wortbeiträgen sowie Mitmachaktionen auf dem Gelände geplant.

Am 12. Oktober, einem Samstag, findet der 9. SoVD-Inklusionslauf auf dem Tempelhofer Feld statt. Die Anmeldung ist bis kurz vor der Veranstaltung online unter www.inklusionslauf.de möglich. Ganz spontan Teilnehmende können sich noch am Tag selbst vor Ort anmelden.

Um 10 Uhr eröffnen die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier und Franziska Liebhardt, die diesjährige Schirmherrin des Inklusionslaufes, die Veranstaltung.

Für alle ist eine passende Distanz dabei

Ab 10.15 Uhr beginnen die Läufe über das großflächige ehemalige Flughafengelände. Den Start machen die Kleinsten beim Bambini Lauf über 300 Meter. Begleitung und Unterstützung durch die Eltern sind hierbei natürlich willkommen.

Danach gehen die bunt gemischten Staffeln mit jeweils vier Mitgliedern auf die Strecke.

Jede*r Starter*in absolviert eine 400-Meter-Runde.

Um 11 Uhr sprechen Franziska Liebhardt und Oliver Vorthmann, Vorstandsmitglied der



Foto: Denny Brückner

Mit Freude geht's ins Ziel.

Deutschen Depressionsliga, auf der Bühne über nicht sichtbare Beeinträchtigen – das Schwerpunktthema bei dieser Ausgabe

des SoVD-Inklusionslaufes.

Danach geht es sportlich weiter und die Läufe über 1 und 2,5 Kilometer starten. Vor den längeren Distanzen über 5 und 10 Kilometer sorgt die Trommelgruppe der UFA-Fabrik für die entsprechende Motivation – und die Tombola steht an. Alle über-18-jährigen Starter*innen nehmen daran automatisch mit ihrer Startnummer teil.

In diesem Jahr werden unter anderem spannende Preise wie Showtickets, Übernachtungen im SoVD-Erholungszentrum Büsum oder Eintrittskarten für das Resort Tropical Islands verlost.

Viele Angebote zum Informieren und Mitmachen

Während die Teilnehmenden zu Fuß, im Rollstuhl, mit Handbikes, Inline-Skates oder auf ganz andere Art eine oder zwei Runden über die frühere Start- und Landebahn zurücklegen, liefert die Kifrie-Musikstage



Foto: Sascha Pfeiler

Das gemeinsame Aufwärmen vor dem Start gehört beim SoVD-Inklusionslauf fest zum Programm.

musikalische Unterhaltung im Start- und Zielbereich.

Der SoVD-Inklusionslauf hat viele Fans und Unterstützer*innen, die das Event so besonders und zu einem großen Fest der Inklusion machen. Hier kann jede*r mitmachen; aber auch wer einfach nur an der Strecke dabei sein

will, kommt auf seine Kosten. Viele Zelte laden zum Informieren und Mitmachen ein, die Spielecke und der Rollstuhl-Parcours freuen sich auf viele interessierte Gäste. Außerdem gibt es ein neues Gastronomie-Konzept. Ein Besuch am 12. Oktober lohnt sich auf jeden Fall.

Sebastian Triesch

Bei kleinen Bezügen den Aufstockungsbetrag erhöhen

Steuererklärung oft auch mit Grundrente ratsam

Seit 2021 gibt es in Deutschland die Grundrente: Zuschläge zur gesetzlichen Rente sollen die Lebensleistung von Menschen belohnen, die lange gearbeitet und dennoch wenig Rente haben. Eher unbekannt ist, dass sich auch für sie eine Steuererklärung lohnen kann.

Über eine Million Menschen, großteils Frauen, erhalten eine Grundrente; im Schnitt 86 Euro extra. Wer eine kleine Rente hat, aber freiwillig eine Lohnsteuererklärung macht, könnte diesen Zuschlag erhöhen, raten Lohnsteuerhilfvereine und Verbraucherzentralen. Manchmal führe das sogar erst zum Anspruch.

Den hat, wer 33 Beitragsjahre nachweist – aus Arbeit, Kindererziehung und Pflege –, unterdurchschnittlich verdiente und im Vorvorjahr eine unterdurchschnittliche Rente bezog. Der Zuschlag berechnet sich dann am zu versteuernden Einkommen (Rente und alle Einnahmen).

Genau deshalb kann sich das digitale Formular fürs Finanzamt lohnen. Denn auch Rentner*innen dürfen steuerlich viel abziehen, ob Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge – falls man neben der Rente mehr als geringfügig arbeitet –, Spenden, Kontogebühren, Werbungskosten, Kosten für Handwerk, Haushaltshilfe, Kur oder bei Krankheit. Was übrig bleibt, kann so viel niedriger sein, dass sich das auf die Grundrente auswirkt. Für den vollen Zuschlag (aktuell 460 Euro) sind 35 Beitragsjahre nötig und liegt die Einkommensgrenze für Ledige dieses Jahr bei 1.375 Euro brutto im Monat, für Ehepaare und eingetragene Partnerschaften bei 2.145 Euro. Darüber werden 60 Prozent angerechnet.

Pflicht ist die Steuererklärung aber nur für Rentner*innen mit Jahres Einkommen über dem Grundfreibetrag. Dieser war 10.908 Euro für 2023 und ist 11.604 Euro für 2024.

Eva Lebenheim



Foto: Lorenz Timm / Adobe Stock

Steuerliche Abzüge können Ansprüche auslösen oder erhöhen.

Antidiskriminierungsbeauftragte bezeichnet Gesetzeslage als unzureichend

Mehr Schutz vor Diskriminierung

Immer mehr Menschen sind von Diskriminierung betroffen; entsprechend wächst die Zahl der Hilfesuchenden. Das geht aus dem Vierjahres-Bericht zur Diskriminierung in Deutschland hervor, den die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) Anfang September in Berlin vorstellte. Eine Gesetzesänderung zum besseren Schutz Betroffenen lässt jedoch weiter auf sich warten.

Demnach registrierte die ADS zwischen 2021 und 2023 insgesamt 20.618 Beratungsanfragen. Nur bei etwa der Hälfte habe man den Betroffenen konkret weiterhelfen können, sagte Ferda Ataman, Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes. Dies liege vor allem am Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in seiner aktuellen Form. Es sei „schwach

und lückenhaft“ und lasse wichtige Bereiche außen vor – etwa Fälle von Diskriminierung, die von staatlichen Stellen wie der Polizei, der Justiz oder anderen Behörden ausgehe. Lediglich der Schutz vor Diskriminierung in privaten Rechtsbeziehungen – etwa bei einem Restaurantbesuch – würden berücksichtigt.

Obwohl die Appelle unüber-

hörbar seien, bleibe die Ampel bislang ein Gesetz schuldig, um das Leben vieler Menschen in Deutschland zu verbessern. Gemeinsam mit sechs weiteren Bundesbeauftragten fordert Ataman seit Monaten vergeblich die im Koalitionsvertrag versprochene Gesetzesreform.

Auch Michaela Engelmeier, SoVD-Vorstandsvorsitzende des SoVD, kritisiert den fehlenden Elan der Bundesregierung beim Thema Antidiskriminierung: „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Bundesregierung und insbesondere das Bundesjustizministerium beim Thema Antidiskriminierung nicht vorankommen.“ Diskriminierung betreffe Millionen von Menschen, darunter rund 13 Millionen Menschen mit Behinderungen. Aktuell blockiere das Justizministerium etwa die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes, durch die es zu mehr Barrierefreiheit kommen soll. „Die im Koalitionsvertrag versprochenen Maßnahmen müssen endlich umgesetzt werden.“

Veronica Sina



Foto: Mediaphotos / Adobe Stock

Diskriminierung geschieht auch im Ausbildungs- und Arbeitsbereich, im Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen oder bei der Polizei.



V. li.: Jens Teutrine, MdB, Michaela Engelmeier, Fabian Beine, Silke Riechmann, Gudrun Volkmann, Henriette Wunderlich, Ruth Lenz, Klaus Kienemann, Georg Plitnick und Frank Schäffler, MdB.

NW Nordrhein-Westfalen

Wichtiger Besuch bei der Sozialberatung Minden

Der SoVD lebt auch vom direkten Austausch, ob mit der Politik oder im Verband. Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier „tourt“ durch die Gliederungen, spricht mit Haupt- und Ehrenamtlichen über deren Arbeit und Themen, die den Mitgliedern wichtig sind. Ende August besuchte sie das Sozialberatungszentrum (SBZ) Minden im Landesverband Nordrhein-Westfalen – und war schwer beeindruckt.

Im Blick standen vor allem häufige Probleme der Ratsuchenden. Gemeinsam mit der Rentenexpertin der Abteilung Sozialpolitik im Bundesverband, Henriette Wunderlich, traf Engelmeier dabei auch zwei Mitglieder des Bundestages: Frank Schäffler und Jens Teutrine (beide FDP). Nach Gesprächen hatte sie diese Abgeordneten der Wahlkreise Minden-Lübbecke I und II zum Besuch beim SoVD eingeladen. Die Politiker erhielten einen eindrücklichen Einblick in die wertvolle Arbeit des Verbandes vor Ort.

Dieser war bestens vertreten: mit Kreisgeschäftsführer Fabian Beine, Landesschatzmeister Klaus Kienemann, dem Kreisvorsitzenden Georg Plitnick, der stellvertretenden Kreisvorsitzenden Vera Nerge (nicht auf dem Foto), Kreisschatzmeisterin Gudrun Volkmann und den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen Ruth Lenz und Silke Riechmann.

Echte Hilfe in Fragen der Rente, Behinderung oder Pflege

Der Schwerpunkt des spannenden Treffens lag auf dem Bericht aus der Beratungspraxis. Beine ging auf etliche Themen ein. Der Großteil der Beratungen betreffe den Bereich Renten- und Schwerbehindertenrecht, und hier vor allem Erwerbsminderungsrenten.

Psychische Probleme seien dabei ein großes Feld. Oft würden sie gar nicht erkannt. Den Betroffenen unterstelle man dann, sie bildeten sich alle Symptome nur ein, und lehne eine Erwerbsminderung ab. Es schlossen sich sehr langwierige Verfahren an.

Das Thema Pflege spielte ebenfalls eine große Rolle. Und auch hier sei ein großes Problem, wie lange die Verfahren zur Anerkennung eines Pflegegrades dauern. Doch das Ergebnis sei schließlich in der Regel ein Erfolg – mit der Unterstützung des SoVD.

Das SBZ Minden führt pro Jahr etwa 400 Neuverfahren. In ganz NRW seien es 10.000 bis 12.000 Verfahren jährlich, so Beine.

Lebenslagen verstehen, an der Seite der Menschen sein

Es folgte ein intensiver Austausch – über das Ehrenamt, die Tätigkeit des SoVD und die Frage, wie man Menschen erreicht, die Hilfe brauchen, aber gar nicht wissen, dass ihr Bescheid, ihre Einstufung oder Ähnliches fehlerhaft sind.

Den beiden Abgeordneten empfahl die Vorstandsvorsitzende, sich immer persönlich und direkt ein Bild von der Situation der Menschen und den Herausforderungen zu machen. Nur so ließen sich fundierte, gerechte Entscheidungen treffen. „Politik braucht Nähe und Verständnis, um wirklich zu wirken“, sagte sie.

Vom Verband vor Ort war Engelmeier einmal mehr begeistert: „Ein großes Dankeschön geht an das engagierte Team des SoVD! Eure Arbeit ist von unschätzbarem Wert und hat einen echten Unterschied für die Menschen gemacht. Minden und Umgebung können sich glücklich schätzen!“

ele



Wir haben geholfen

Höherer Grad der Behinderung

Der SoVD Rheinland-Pfalz / Saarland konnte einem Mitglied in einem schwierigen Fall schon in erster Gerichtsinstanz zu dessen Recht verhelfen. Der 40-Jährige hat eine sehr seltene, chronische Krankheit, die den Alltag und die Teilhabe erheblich einschränkt. Die SoVD-Sozialrechtsvertretung erstritt gegen das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen deutlich höheren Grad der Behinderung (GdB).

Die GdB-Höhe bestimmt die Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Dem Mitglied S. [anonymisiert] aus Koblenz hatte das Landesamt per Änderungsbescheid nur noch einen Grad von 40 zuerkannt. Seinen Widerspruch lehnte es ab. Da wandte es sich an den SoVD – und bekam Hilfe.

Der 40-Jährige hat schwere Hämophilie A, eine genetische Blutgerinnungsstörung, bekannt als „Bluterkrankheit“. Seine Faktor-VIII-Restaktivität liegt bei unter einem Prozent. Der auch antihämophile Globulin A (AHG) genannte Faktor ist ein wichtiger Blutbestandteil: Überschuss führt zu Thrombosen, Mangel zu Hämophilie A.

Starke Beschwerden und kaum Teilhabe

S. hat chronische Knieschmerzen, Schmerz in allen Gelenken nach Belastung, Gelenkeinblutungen und spontane Hämatome. Er lebt in ständiger Angst, sich zu verletzen und gar zu sterben, wenn er nicht rechtzeitig den Gerinnungsfaktor gespritzt bekommt. Er kann nicht Vollzeit arbeiten, keinen Sport treiben und nur mit viel Aufwand reisen.

Zweimal täglich spritzt er sich selbst. Mehrmals im Monat muss er zur Fachärztin in die Uniklinik – schon, um kleinste Blutungen



Foto: SoVD RPS

Sigrid Jahr
SoVD-Sozialjuristin

zu stillen. Hausarzt und niedergelassene Fachärzt*innen lehnen die Behandlung ab. So kann er kaum am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Auch frühere Freunde und Kollegen gehen ihm überfordert aus dem Weg. Das macht ihn zum Außenseiter.

SoVD geht vor Gericht – und erwirkt GdB 80 statt 40

Sozialjuristin Sigrid Jahr reichte im Namen des SoVD Klage beim Sozialgericht Koblenz ein.

Den Widerspruch hatte das Amt mit der Begründung abgelehnt, es sei keine wesentliche Verschlimmerung belegt, etwa durch mehrfach jährliche, starke Blutungen. „Gefahren“ seien irrelevant. Jahr hielt dagegen und legte weitere Belege vor. Dass es nicht zu starken Blutungen gekommen war, liege nur am sehr vorsichtigen Verhalten des Klägers. Doch so büße er

Teilhabe ein – und durch Teilzeitarbeit auch Geld. Befunde zeigten zudem Gelenkschäden.

Im Sachverständigengutachten fürs Gericht erklärte die Uni-Fachärztin, bei so schwerer Hämophilie A hießen schon kleine Verletzungen große Gefahr; bis zu Spontanblutungen im Gehirn und Gelenkverkrüppelungen.

Fast drei Jahre lief das Verfahren. Dann hob das Gericht den Bescheid auf: Das Amt müsse einen GdB von 80 feststellen. Der zeige die erhebliche Teilhabebehinderung in fast allen Bereichen durch Gefahr und viel Therapieaufwand. Maßgeblich seien nicht Blutungszahl und -schwere, sondern AHG-Restaktivität und Einschränkungen. ele/sj



Foto: JustLife / Adobe Stock

„Bluter“ leben stets gefährlich.

Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende hatte für stabilen Preis geworben

Deutschlandticket wird teurer

Die Finanzierung des Deutschlandtickets ist vorerst gesichert - für die Abonent*innen bedeutet das jedoch eine Preiserhöhung von 49 auf 58 Euro im Monat. Der SoVD kritisiert diese Entscheidung und fordert neben einem stabilen Preis von 49 Euro auch ein ergänzendes Sozialticket für 29 Euro.

Ab Januar wird das Deutschlandticket voraussichtlich 58 Euro im Monat kosten. Darauf einigten sich die Verkehrsminister*innen der Länder am 23. September bei einer Sonderkonferenz.

Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, dem auch der SoVD angehört, hatte im Vorfeld vor einer Preiserhöhung gewarnt.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier kritisierte die Entscheidung, den Preis anzuheben. „Die beschlossene Erhöhung des Deutschlandtickets auf 58 Euro ist ein Rückschritt auf



Foto: Markus Mainka / Adobe Stock

Das Deutschlandticket garantiert Mobilität im Nahverkehr.

dem Weg zu einer sozialen und ökologischen Mobilitätswende. Viele Menschen, insbesondere Geringverdiener, können sich schon das 49-Euro-Ticket kaum leisten“, sagte sie gegenüber der Rheinischen Post.

Statt steigender Preise braucht es aus Sicht des SoVD ein bundesweites Sozialticket für maximal 29 Euro, das auch finanziell schwächeren Haushalten Mobilität ermöglicht. Außerdem müssen der Ausbau des ÖPNV in Bezug auf Taktung, Verlässlichkeit und Barrierefreiheit vorangetrieben werden, um allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. str

Selbstoptimierung und Leistungsdruck führen oft zu einer inneren Leere

Für Achtsamkeit im Alltag

Carina Johanson ist Geisteswissenschaftlerin, Heilpraktikerin für Psychotherapie sowie Achtsamkeitslehrerin. Sie möchte Menschen in Krisensituationen dabei helfen, innezuhalten und sich selbst zu erfahren. Zu diesem Zweck schrieb sie anstelle eines klassischen Ratgebers ein Märchen für Erwachsene.

Oftmals gerät das Leben gerade in Zeiten von Krankheit aus den Fugen. Menschen, die das erfahren, schwanken zwischen innerer Betäubung, Zweifeln und Ängsten. Carina Johanson vergleicht diese Situation mit einem Schiff, das in einen Sturm geraten ist. Achtsamkeit, sagt sie, sei das Segel, das dabei helfe, die Wellen der aufsteigenden Gefühle und Gedanken zu meistern. Statt das Unangenehme zu verdrängen oder sich davon überwältigen zu lassen, könne man lernen, diesem mit Mitgefühl zu begegnen.



Das Buch „Verlorene Spuren, gefundene Träume“ von Carina Johanson ist ein Märchen für Erwachsene.

Lebensfreude erfahren – selbst in schweren Zeiten

Für Johanson ist Achtsamkeit nicht nur eine Lebensphilosophie, sondern auch eine praktische Übung im Alltag. Dabei gehe es darum, trotz Schmerzen und Leid den Blick auch auf angenehme und neutrale Erfahrungen zu lenken. Auf diese Weise, so die Achtsamkeitslehrerin, könne das Leben

selbst in Zeiten von Krankheit eine sinnstiftende Dimension bewahren und den Zugang zu Lebensfreude ermöglichen.

In Johansons Buch entdeckt ein Kolibri die Langsamkeit als Quelle innerer Ruhe. Die Form des Märchens wählte sie ganz bewusst. Ihre Motivation erklärt sie so: „Wir leben in einer Zeit,

in der wir von Informationen regelrecht überflutet werden. Heute nimmt ein Mensch an einem einzigen Tag so viele Informationen auf wie ein Bauer des Mittelalters in seinem ganzen Leben.“ Zu dem ständigen Leistungsdruck hinzu komme laut Carina Johanson ein gesellschaftlicher und globaler Wandel, der viele Menschen orientierungslos und innerlich leer zurücklasse.

Bedingungslos eintauchen in eine Fantasiewelt

Den Leser*innen ihres Buches will die Autorin eine Brücke bauen – nicht in die Welt des Tuns, sondern in die Welt des Seins. Für Johanson ist es heute wichtiger denn je, diesen inneren Raum der Ruhe und Kraft zu finden und zu bewahren. Ihr Märchen „Verlorene Spuren, gefundene Träume“ lädt auf poetische Weise dazu ein, sich selbst zu reflektieren und dabei wertvolle Impulse zu finden, die sich ins reale Leben übersetzen lassen.



Personalien

Daniel Kreutz feiert am 10. Oktober seinen 70. Geburtstag.

Auf Bundesebene seit 2015 Mitglied im Gesellschaftspolitischen Ausschuss, zuvor Sozialpolitischer Ausschuss (SPA), ist Kreutz in Nordrhein-Westfalen seit 2010 SPA-Vorsitzender. Der frühere Politiker und Gewerkschafter war auch hauptamtlich lange für den SoVD NRW tätig.



Einige Extrazahlungen werden nicht angerechnet

Rechte beim Minijob

Mehr als 538 Euro dürfen Minijobber*innen im Monat nicht verdienen. Es gibt aber Zahlungen, die für diese Verdienstgrenze unerheblich sind. Drei zusätzliche Zuwendungen im Überblick:

Wer nachts oder an Sonn- oder Feiertagen arbeitet, erhält häufig einen Zuschlag. Dieser ist meist steuerfrei und für die Sozialversicherung beitragsfrei. Dafür darf der Grundverdienst, auf dem die Berechnungen beruhen, 25 Euro pro Stunde nicht übersteigen.

Und noch bis zum 31. Dezember 2024 können Arbeitgeber*innen steuer- und beitragsfrei eine Inflationsausgleichsprämie auszahlen – auch an geringfügig Beschäftigte. Die Obergrenze liegt bei 3.000 Euro, die Prämienhöhe legt der Arbeitgeber fest. Auf die Verdienstgrenze beim Minijob hat das keinen Einfluss. Auch die Finanzierung des Deutschlandtickets oder ein entsprechender Zuschuss bleiben für geringfügig Beschäftigte steuer- und beitragsfrei.

Der SoVD lehnt grundsätzlich prekäre Arbeitsverhältnisse ab, weil sie oft gleichzeitig ungewollte finanzielle Abhängigkeit und spätere Altersarmut bedeuten. Wer im Minijob arbeitet, sollte sich besonders gut mit den eigenen Rechten auskennen. veo



**2 Übernachtungen inkl. HP
ab 165,00 € pro Person ***

November-Spezial im Erholungszentrum Büsum

Wellen, Watt und Wohlfühlen

- 1x Begrüßungscocktail am ersten Abend
- 1x Kaffeegedeck mit 1 Pott Kaffee & 1 Stück Kuchen
- 2x Abendessen im Rahmen der HP
- 2x reichhaltiges Langschläfer-Frühstück vom Buffet

Jetzt Urlaub in Büsum anfragen unter Telefon 04834-95250 oder auf unserer Internetseite www.erholungszentrum-buesum.de

* Angebotspreis: ab 165,00 € pro Person für SoVD-Mitglieder (bei 4 Übernachtungen ab 310,00 € pro Person) – im Haus Nordsee oder Haus Andrea, zzgl. Kurtaxe der Gemeinde Büsum. Buchbarer Zeitraum: 01.11.2024 bis 30.11.2024 nach Verfügbarkeit.



SoVD erinnert an ehemaliges „Judenhaus“

In der Herschelstraße 31 in Hannover hat der heutige SoVD in den 1950er Jahren ein Grundstück gekauft und dort 1957 seine Landesgeschäftsstelle gebaut. Was dem Verband über Jahrzehnte unbekannt war: Auf demselben Grundstück befand sich während des nationalsozialistischen Regimes von 1941 bis 1943 ein sogenanntes „Judenhaus“. Bis zu 150 Menschen waren gezwungen, darin zu leben, und waren Kontrolle, Gewalt und Willkür ausgeliefert. Der SoVD setzt sich seit über 100 Jahren für Toleranz, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen das Vergessen ein. Deswegen versteht es der Verband als seine Verantwortung, an die Bewohner*innen des früheren „Judenhauses“ zu erinnern und dazu beizutragen, dass sich vergleichbares Unrecht niemals wieder ereignet. Gemeinsam mit der hannoverschen Historikerin Dr. Marlis Buchholz und der Zeitzeugin Ruth Gröne, die als Kind in diesem Haus lebte, sowie mit der Stadt Hannover arbeitet der SoVD die Geschehnisse auf.

„Judenhäuser“ waren eine von vielen Zwangsmaßnahmen des Naziregimes, jüdische Bürger*innen systematisch zu diskriminieren und zu entrechten. Bereits seit 1933 wurden sie immer stärker aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Mit dem „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“, das 1939 in Kraft trat, griff die Freiheits-einschränkung zusätzlich auf den Bereich des Wohnens über. Jüdischen Personen wurde der Mietschutz entzogen und ihre Zwangseinweisung in „Judenhäuser“ isolierte sie im Alltag noch stärker. Indem das nationalsozialistische Regime die Menschen in bestimmten Gebäuden des städtischen Raums konzentrierte, wollte es ihre Kontrolle sicherstellen und im späteren Verlauf auch ihre Deportation vorbereiten. Für die Betroffenen bot nun nicht einmal mehr das eigene Zuhause Schutz vor Diskriminierung. In Hannover waren etwa 1.600 Menschen jüdischen Glaubens von diesen Maßnahmen betroffen. Rund 1.200 von ihnen wurden aus ihren bisherigen Wohnhäusern vertrieben, ihr Eigentum wurde beschlagnahmt und sie mussten in ihnen zugewiesene „Judenhäuser“ umziehen. Dort wohnten zu diesem Zeitpunkt etwa 400 Jüdinnen und Juden, die die zusätzlichen Bewohner*innen in die Häuser aufnehmen mussten. Insgesamt gab es in Hannover 16 „Judenhäuser“ in verschiedenen Stadtteilen.

Die Herschelstraße 31

Wo sich heute in bester Innenstadtlage ein funktionales Bürogebäude des niedersächsischen SoVD befindet, sieht das Straßenbild Anfang der 1940er-Jahre noch ganz anders aus. Damals ist die Herschelstraße 31 mit einem 1899 fertiggestellten, vierstöckigen Backsteingebäude bebaut. Dieses Wohn- und Geschäftshaus besteht aus einem Vorderhaus und zwei Seitenflügeln, die einen Innenhof rahmen. Neben verschiedenen Mietparteien wohnt seit 1920 die Eigentümerfamilie Klompus darin. Von 1929 bis zu den Novemberpogromen 1938 hat diese im Erdgeschoss ein Geschäft mit

Spielwaren, Korb- und Gartenmöbeln betrieben.

Die Umwandlung des Gebäudes in ein sogenanntes „Judenhaus“ erfolgt im September 1941. Zu den ohnehin massiven Einschränkungen für jüdische Personen kommen nun der Verlust an Privatsphäre, Übergriffe der Gestapo und Deportationen. Bis zu 150 Menschen werden im Laufe der kommenden Monate gezwungen, in der Herschelstraße 31 zu wohnen – wiederholt werden Personen in das Haus zwangseingewiesen oder sie müssen umziehen. Am 15. Dezember 1941 werden 85 Bewohner*innen in das Ghetto Riga deportiert. Etwa 30 in sogenannten „Mischehen“ lebende Paare müssen in der Folgezeit neu in das Haus ziehen. Am 9. Oktober 1943 wird das Gebäude bei einem der schwersten Bombenangriffe auf Hannover zerstört – damals lebten noch ungefähr 60 Personen im Haus.

Die Historikerin Dr. Marlis Buchholz forscht zur Geschichte der Jüdinnen und Juden zur Zeit des Nationalsozialismus. Sie hat dem SoVD umfassende Informationen über das „Judenhaus“ in der Herschelstraße zur Verfügung gestellt und ihn intensiv bei der Aufarbeitung unterstützt. Hier ist ein stark gekürzter Ausschnitt eines Gesprächs abgedruckt, das in die Thematik einführt.

Was ist über das Schicksal der Eigentümerfamilie Klompus und die Umwandlung der Herschelstraße 31 in ein „Judenhaus“ bekannt?

Das Gebäude Herschelstraße 31 war damals im Eigentum der Familie Klompus, 1936 hatte es Rosette Klompus von ihrem verstorbenen Mann geerbt. Im Haus lebten sowohl jüdische als auch nichtjüdische Mieter. Als es im September 1941 in ein „Judenhaus“ umfunktioniert wurde, hatten die nichtjüdischen Bewohner das Haus verlassen. Etwa 70 neue jüdische Bewohner wurden zwangseingewiesen. Von der ersten Deportation aus Hannover in das



Fotos: Martin Bargiel (links), Historisches Museum Hannover (rechts)

Herschelstraße 31 in Hannover: Das heutige Bürogebäude der SoVD-Landesgeschäftsstelle sowie des SoVD-Beratungszentrums (links) und Straßenansicht um 1944 mit dem zerstörten ehemaligen „Judenhaus“ in der Bildmitte (rechts)

Ghetto Riga am 15. Dezember 1941 waren auch 85 Bewohner und Bewohnerinnen der Herschelstraße 31 betroffen, unter ihnen auch drei Kinder von Rosette Klompus. Sie selbst musste im Februar 1942 in das „Judenhaus“ an der Strangriede 55 umziehen. Von dort wurde sie am 23. Juli 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie vier Wochen später verstorben ist; die Todesfallanzeige vermerkt als Todesursache „Alters- und Herzschwäche“.

Nach der Deportation im Dezember 1941 ist die Zahl der in der Herschelstraße 31 lebenden Menschen auf 60 bis 70 Personen gesunken. Wer überlebte und weiterhin im „Judenhaus“ wohnte, war enormen Freiheitsbeschränkungen unterworfen.

Allgemein waren die Wohnverhältnisse in „Judenhäusern“ beengt und die Hygiene eingeschränkt oder schlecht. Das Haus in der Herschelstraße war besser ausgestattet als andere, eher auffällige, Gebäude. Es gab hier Strom, Wasser und Toiletten in den Wohnungen. Auch gab es pro Wohnung eine Küche, die sich fünf oder sechs Familien teilen mussten. In anderen „Judenhäusern“ haben sich bis zu neun Personen einen kleinen Raum teilen müssen. Die Verhältnisse waren also unterschiedlich; in der Herschelstraße hatten die Paare und Familien wenigstens ein Zimmer für sich. Die Bewe-

gungsfreiheit außerhalb des Hauses war ebenfalls stark reguliert. Im Grunde konnte jedes Verhalten bestraft werden, ganz willkürlich. Einerseits gab es Anordnungen, die alles bis ins Kleinste reglementiert haben. Ein nicht richtig angebrachter Judenstern oder eine verkaufte Zigarette konnten schlimme Folgen haben. Für die Herschelstraße ist bekannt, dass acht Männer aus dem Haus verhaftet wurden, weil sie Zigaretten verkauft haben. Sie wurden in das Arbeitserziehungslager Lahde gebracht und dort ermordet.

Zur Willkür gehörte auch die Gewalt der Gestapo. Deren Mitglieder hatten jederzeit Zugang zu den Räumen des „Judenhauses“ in der Herschelstraße und die Bewohner*innen waren ihrer Kontrolle schutzlos ausgeliefert.

Ja, die Gestapo war zwar nicht selbst im Haus, aber es gab regelmäßig unangekündigte Kontrollen. Oft gegen 22, 23 Uhr nachts, wie es von überlebenden Hausbewohnern geschildert wurde. Wenn die Gestapomänner darauf Lust hatten, dann haben sie die Menschen auch in den Keller kommen lassen, das passierte regelmäßig, und dann haben sie sie verprügelt. Von diesen Misshandlungen wissen wir durch Überlebende, die in den Nachkriegsprozessen gegen hannoversche Gestapo-Beamte ausgesagt haben. Einer von ihnen, Alfred Jonas, hat geschildert, wie sie die Treppe

hinunter in den Keller getrieben wurden. Dann wurden willkürlich Männer verprügelt oder sie wurden gezwungen, einen Mitbewohner zu verprügeln. Die Hausbewohner hatten da schon versucht, Besenstiele und andere Gegenstände im Haus vor der Gestapo zu verstecken. Aber auch das hat nicht gereicht. Dann wurde ein Liegestuhl zerbrochen und damit auf die Menschen eingeschlagen. Alfred Jonas hat damals massive Striemen davongetragen, er konnte lange nicht stehen, sitzen oder liegen. Das ist relativ ausführlich dokumentiert. Die Gestapo-Leute waren oft alkoholisiert. Bei den Gewaltexzessen mussten auch die Kinder zusehen.

MEHR ERFAHREN

Das ganze Gespräch mit Dr. Marlis Buchholz, Erinnerungen der ehemaligen Hausbewohnerin Ruth Gröne und weitere vertiefende Informationen werden auf der Internetseite www.sovd-nds.de/gedenken bereitgestellt.

Die Stadt Hannover organisiert in Zusammenarbeit mit dem SoVD eine Gedenkveranstaltung im Oktober 2024. Eine Tafel an der Fassade der SoVD-Landesgeschäftsstelle wird zukünftig an das frühere „Judenhaus“ und seine Bewohner*innen erinnern.



Die Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion, in der Mitte Ortsvorsitzender Helmut Burkhardt.

Veranstaltung des Ortsverbandes Lauterecken zur häuslichen Pflege

Hochkarätig besetztes Podium

Die häusliche Pflege im ländlichen Raum steht vor großen Herausforderungen, aber auch Chancen. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel stellen die Pflege in diesen Regionen vor besondere Aufgaben. Ende August hatte der Ortsverband Lauterecken zu der Podiumsdiskussion „Häusliche Pflege – Probleme und Chancen“ eingeladen, an der namhafte Gäste zum Thema diskutierten.

SoVD-Ortsvorsitzender Helmut Burkhardt begrüßte herzlich die Podiumsgäste und das Publikum, das in das Bürgerhaus in Hoppstädten gekommen war.

Moderatorin und SoVD-Landesvorstandsmitglied Christiane Gerhardt gab eine Frage aus dem Plenum an die Ministerin für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, Dörte Schall (SPD), weiter: Was denn für

die Versorgung der ländlichen Gebiete getan werde? Die Ministerin stellte heraus, dass gerade die Versorgungsproblematiken der Zukunft, sei es in der Pflege, der medizinischen Versorgung oder der Digitalisierung, auf der Agenda des Ministeriums weit oben stünden.

Ruth Kettemann vom Medizinischen Dienst Rheinland-Pfalz lobte die zwischenzeitliche Entwicklung in den Bewertungskriterien der Pflegebegutachtung.

Stefan Schnepf und Carolin Ullrich vom Pflegestützpunkt Wolfstein-Lauterecken stellten heraus, dass das größte Problem der Ratsuchenden im Bereich der ausreichenden Finanzierung der ambulanten oder stationären Pflege bestehe.

Dies bestätigte Marco Schweig, Geschäftsführer der Ökumenischen Sozialstation Lauterecken-Wolfstein. Er bemerkte, dass in Zeiten knapper Kassen auch bei den Versicherten immer mehr die Auszahlung des Pflegegeldes und dessen Verwendung „zum Leben“ er-

folge, da oftmals gerade die Finanzierung professioneller Hilfe nicht möglich sei.

Der Landrat des Kreises Kusel, Otto Rubly (CDU), zeigte auf, dass in den vergangenen Jahren immer mehr „Hilfe zur Pflege“ durch Kommune und Kreis zu leisten sei, da die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen

entweder keine Ersparnisse mehr hätten oder diese komplett für die Finanzierung der Pflege verwenden müssten.

Andreas Müller (SPD), Bürgermeister der Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein, bestätigte die immer wieder entstehende Überforderungssituation der Menschen, die nicht wissen, was sie konkret tun müssen oder können, um adäquate Pflege zu erhalten. Hier wurde auf die Unterstützungsleistungen der Pflegegestützpunkte oder der Sozialverbände, wie zum Beispiel des SoVD, hingewiesen.

Die Diskussionsrunde war sich einig, dass die Politik ihre Zusagen, die Antragsstellung zum Erhalt von notwendigen Leistungen zu vereinfachen, endlich umsetzen müssen.

Kathrin Anklamm-Trapp (SPD), Vizepräsidentin des rheinland-pfälzischen Landtages und pflegepolitische Sprecherin ihrer Fraktion, hob den Fachkräfte-Monitor hervor, mit dem die aktuelle Entwicklung

beobachtet und langfristige Planungen ermöglicht werden sollen. Chancen sah sie in den Möglichkeiten der Digitalisierung in der Pflege. Wenn Menschen auf dem Land bleiben können und von dort aus auch die Möglichkeit zum Arbeiten besteht, könnten sie sich auch in der Familie viel besser einbringen.

Diesen Vorschlag unterstützte auch der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Helge Schwab (FWG), der am Beispiel „Quirnbach im Takt“ aufzeigte, dass auch örtliche Initiativen gefragt sind. Dort bietet die örtliche Gemeinschaft die Unterstützung im Alltag für Menschen mit und ohne Pflegegrad.

Landtagsabgeordnete Anette Moesta (CDU) aus Maifeld appellierte an alle politischen Kräfte, gemeinsam die Probleme der Finanzierbarkeit und Realisierung der Pflege durch Gewinnung einer ausreichenden Anzahl an Pflegekräften zeitnah anzugehen.

Die Diskussionsrunde war sich abschließend einig, dass die Politik gerade die mutmachenden Projekte vor Ort, die Ideen aus der Pflege und aus dem Kreis der Versicherten zukünftig tatsächlich aufgreifen solle.

(Einen ausführlichen Bericht dazu gibt es auf den Webseiten des Landesverbandes unter: www.sovd-rps.de.)



Editorial

Liebe Mitglieder,

darf ich Ihnen ein paar Fragen stellen?

Frage 1: Sie haben meinen Kommentar in der September-Ausgabe „Deutschland hat sich verändert“ gelesen? Ich weiß, der Text war nicht einfach zu verstehen, das war leider der redaktionellen Kürzung aufgrund des begrenzten Platzes geschuldet. Ich halte dieses Thema dennoch für zu wichtig, als dass ich es unkommentiert stehen lassen will. Immerhin geht es darin um die realen Gegebenheiten in unserem Land und um unsere Zukunft. Es geht um Sichtweisen und deren Folgen für das Verhalten von Menschen in Deutschland, beeinflusst durch die Vielfalt und Macht der Medien. Es geht auch um Angst sowie fehlendes beziehungsweise schwindendes Vertrauen.

Frage 2: Waren oder sind Sie politisch aktiv? Wenn ja, kennen Sie ja die Anschuldigungen an die Politiker und Politikerinnen, „die machen doch, was sie wollen, und wissen nicht, was das Volk will oder braucht.“ Es wird polemisiert und Falschinformationen (Fakes) ungefiltert weiterverbreitet. Trump, Höcke und jetzt auch Wagenknecht machen es in geschickter Weise vor und viele, meiner Meinung nach zu viele, Menschen glauben vieles vom dem, lassen sich in ihrer Denk- und Ausdrucksweise stark beeinflussen. In der Vergangenheit wurden viele falsche Entscheidungen getroffen oder den Bürgerinnen und Bürgern nicht verständlich erklärt. Somit macht sich schwindendes Vertrauen in die „alten“ Parteien breit und fördert den Weg zu populistischen Parteien sowie deren Parolen.

Frage 3: Waren oder sind Sie in den Dienstleistungs-, Pflege- oder Sozialberufen beschäftigt oder ehrenamtlich aktiv? Wenn ja, wissen Sie, dass nicht die Herkunft, die Sprache oder die Hautfarbe der Kolleginnen und Kollegen für deren Akzeptanz entscheidend sind, sondern unsere persönliche Einstellung zu diesen Menschen. Das Versprechen auf Absicherung, die Chance auf Aufstieg aus eigener Kraft, das Gefühl öffentlicher Sicherheit, oder das Vertrauen in staatliche Institutionen haben an Anziehungskraft verloren und scheinen auch nur noch begrenzt zur Realität zu passen.

Betrachten Sie die gesellschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen auch mit Sorge und möchten etwas dagegen tun? Dann kommen Sie zu uns, denn wir beschäftigen uns intensiv mit der Frage: „Was können wir heute für morgen tun, um in einer offenen, sozialen und demokratischen Gesellschaft zu leben?“ Soziale Gerechtigkeit, Identität, Gemeinschaft und der Wert der Arbeit sollen dabei in Einklang gebracht werden. Nehmen Sie die Zukunft unserer Gesellschaft mit in die Hand!

Ihr Norbert Weber, 1. Landesvorsitzender



Norbert Weber

Web-Seminar zur Elementarversicherung

In der letzten Zeit haben zahlreiche Starkregenereignisse und Überschwemmungen gezeigt, wie wichtig ein umfassender Versicherungsschutz für Hausbesitzer*innen ist. Worauf es bei einer Elementarschadenversicherung ankommt und wie man eine bestehende Wohngebäudeversicherung sinnvoll um den wichtigen Schutz ergänzen kann, klärt Philipp Wolf von der Verbraucherzentrale in einem digitalen Vortrag. Die Online-Veranstaltung findet am 2. Oktober um 18 Uhr statt und dauert circa 60 Minuten. Fragen können im Live-Chat gestellt werden. Die Teilnahme ist kostenlos. Technische Voraussetzungen, Anmeldung und weitere Infos: www.verbraucherzentrale-rlp.de.

Quelle: Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen, dann wenden Sie sich bitte zunächst telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz unter Tel.: 0631/73 657 oder Tel.: 06131/69 30 165. Dort verweist man Sie dann an die*den für Ihre Frage zuständige*n Berater*in.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 10 67 54 zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Keller mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende (zum Beispiel Gabriele Schepplmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil), sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01 nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erteilt die Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26–30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtag nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 (mobil), Änderung vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 9. Oktober, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 9. Oktober, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 23. Oktober, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (Sozialbüro links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 23. Oktober, 13.30–16 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

Rentenregelung für Grenzgänger*innen

Sie pendeln über die Landesgrenze zu Ihrem Arbeitsplatz? Sie gelten als Grenzgänger*in, wenn Sie

- in einem anderen Land als Angestellte*r oder selbstständig arbeiten und
- täglich an Ihren Wohnort zurückkehren, mindestens aber einmal pro Woche.

Ob Sie in Deutschland wohnen und im Ausland arbeiten oder umgekehrt – Sie zahlen Ihre Beiträge zur Rentenversicherung in dem Land, in dem Sie arbeiten. Arbeiten Sie nur vorübergehend grenzüberschreitend, können Ausnahmen greifen. Es kann sinnvoll sein, weiterhin in Deutschland freiwillige Beiträge zu zahlen, auch wenn Sie im Ausland bereits versichert sind.

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) hat dazu die Broschüre „Arbeit und Rente in Europa“ herausgegeben und informiert außerdem online oder telefonisch. *Quelle: DRV*



Die gut gelaunte Reisegruppe des SoVD Rülzheim bei ihrem letzten Stopp in Speyer.

Ortsverband Rülzheim unternahm einen Tagesausflug nach Heidelberg

Reise in die Stadt der Romantik

Die Ausflüge mit dem SoVD erfreuen sich großer Beliebtheit. Das zeigte sich auch bei dem Angebot des Ortsverbandes Rülzheim, mit seinen Mitgliedern und Gästen per Bus nach Heidelberg zu fahren. Eine große Gruppe nahm teil und konnte unter anderem das berühmte Schloss besichtigen.

„Endlich mal wieder raus und mit Freunden und Bekannten etwas unternehmen!“, war die Aussage aller Teilnehmer*innen, die sich für die Tagesfahrt angemeldet hatten. Und so konnte Norbert Weber als Vorsitzender des SoVD am 7. September mehr als 40 treue Mitglieder und auch neue Fans begrüßen.

Zunächst ging es Richtung Kurpfalz, wo die Reisegruppe oberhalb von Leimen bei Lingenthal auf einem Wanderplatz unter guten Bedingungen die erste Rast einlegen konnte. Das traditionelle SoVD-Frühstück mit Waren der örtlichen Bäckerei und Metzgerei kam gut an. Dafür ein Dank an die vielen helfenden Hände für die Vorbereitung und Verzehrausgabe!

Die verbleibende Zeit nutz-

ten viele Teilnehmer*innen, um noch schnell einen in der Nähe liegenden See zu besuchen.

Um 12 Uhr ging es weiter, am Königsstuhl vorbei, zum Heidelberger Schloss. Busfahrer Stefan kannte die Gegebenheiten vor Ort sehr gut und konnte seinen Passagier*innen gute Tipps für den Aus- und späteren Zustieg geben.

Einige nutzten den Fußweg, andere die Seilbahn in die Altstadt. Wer beides nicht wollte, fuhr mit dem Bus zum Neckarmünzplatz. Auch von hier aus waren es nur wenige Hundert Meter bis zur alten Brücke, in die Stadt oder zu den Schiffsanlegestellen.

Pünktlich um 17 Uhr saßen alle wieder wohlbehalten im Bus. Danach ging es zurück

Richtung Speyer, wo auf dem Messplatz eine letzte Rast eingelegt wurde.

Norbert Weber nutzte die Heimfahrt, um auf die weiteren Aktivitäten des SoVD hinzuweisen.

Anschließend bedankte er sich für den reibungslosen Ablauf der Fahrt bei Günther Messemer und Wolfgang Röhring, insbesondere bei der Firma des Reiseveranstalters und bei Busfahrer Stefan, der sehr um das Wohl seiner Fahrgäste bemüht war und zu guter Letzt auch noch eine Kreisel-Ehrenrunde machte. Mit ein paar Heimatliedern verbreiteten die Teilnehmer*innen bis zum Ausstieg gute Laune. Es war ein schöner Ausflug, der allen gut gefallen hat.



Glückwünsche



Foto: Svetlana Wall / Adobe Stock

60 Jahre: 3.10.: Volker Henn, Neuwied; Hans-Peter Stude, Lauterecken; 10.10.: Andreas Savec, Bingen; 12.10.: Angel Colic, Germersheim; 15.10.: Jürgen Stoffel, Rülzheim; 17.10.: Thomas Sliva, Bellheim; 31.10.: Uwe Hüll, Wörth.

65 Jahre: 1.10.: Annette Ohmer, Rülzheim; Gerlinde Kircheis, Hatzenbühl; 5.10.: Christine Schitthof, Waldalgesheim; 12.10.: Stefan Rimpel, Spiesen-Elversberg; 13.10.: Do-

ris Maag, Rülzheim; 16.10.: Hubert Völkel, Rülzheim; 24.10.: Ralf Huwe, Römerberg; 28.10.: Ursula Barton, Altrip.

70 Jahre: 4.10.: Franz Pietruska, Rülzheim; 13.10.: Peter Fried, Hördt; 26.10.: Ingrid Lutz, Rülzheim.

75 Jahre: 12.10.: Erika Abel, Saarbrücken; 13.10.: Beatrix Schweigert, Wörth; 15.10.: Anita Hüther, Wilgartswiesenheim; 18.10.: Fred Eisenmenger, Mülheim-Kärlich; 29.10.: Marianne

Lenhard, Wiesweiler.

80 Jahre: 9.10.: Jürgen Krupp, Herxheim; 17.10.: Gerda Weber, Rülzheim.

85 Jahre: 13.10. Heinz Rheinheimer, Einöllen; 17.10.: Stephan Bauer, Spiesen-Elversberg; 20.10.: Konrad Giese, Aspisheim; 31.10.: Anita Thomas, Wörth.

92 Jahre: 31.10.: Margarete Kirstgen, Vallendar.

93 Jahre: 10.10.: Günter Vogel, Gau-Bischofsheim; 22.10.: Günther Schorr, Sulzbach.



Die AWO Mannheim hatte auch den Vorstand des örtlichen SoVD zum Sommerfest eingeladen.

Ortsverband Mannheim-Mitte auf dem Sommerfest der AWO Mannheim

Gelegenheit zum Netzwerken

Am 29. August fand das Sommerfest der AWO Mannheim statt. Bei hochsommerlichen Temperaturen von nahezu 30 Grad bot das weitläufige Gartengelände des Mannheimer-Naturfreundehauses im Herrenried ein lauschiges Ambiente für das gesellige Zusammensein.

Unter Bäumen und Zeltdächern waren für die circa 100 Gäste und Mitglieder der Mannheimer AWO Sitzmöglichkeiten aufgebaut worden. Diese boten ausreichend Platz, um miteinander bei angenehmer musikalischer Unterhaltung, darunter

viele Schlager aus den 60ern, ins Gespräch zu kommen.

Für das leibliche Wohl war ebenfalls gut gesorgt. Neben verschiedenen Grillspezialitäten gab es eine große Auswahl selbst gemachter Salate, erfrischende Getränke und Eis.

Auf Anregung der 2. Vorsitzenden Karin Schüler und des Revisors Harald Naas, die sowohl bei der örtlichen AWO als auch im SoVD-Ortsverband Mannheim-Mitte aktiv sind, war auch eine Abordnung dieses SoVD-Ortsverbandes zu dem Sommerfest der AWO eingeladen worden. Sie nutzte die Gelegenheit, den SoVD mit einem Infostand zu präsentieren.

Wenngleich das Interesse an den mitgebrachten Broschüren eher zurückhaltend blieb, zog Günter Gawlik – seit Juni 2024 neuer 1. Vorsitzender des SoVD Mannheim-Mitte – mit seinen Begleiter*innen dennoch ein positives Fazit. Ihm war es wichtig, den ein oder anderen Kontakt knüpfen zu können und Anregungen zu erhalten, um die Aktivitäten seines SoVD-Ortsverbandes zu beleben.



Das SoVD-Team am Infostand, v. li.: Dario Becci, Harald Naas, Günter und Heide Gawlik, Karin Schüler sowie Martin Rheinländer.



Die anwesenden Mitglieder gratulierten dem Geburtstagskind.

Mitgliedertreffen im Ortsverband Gartenstadt

Gemeinsam angestoßen

Im „Café Wolfsbau – Das Café mit Herz“ kamen am 5. September Mitglieder des Ortsverbandes Gartenstadt zum geselligen Treffen zusammen. Bei der Gelegenheit konnte auch ein Geburtstag gefeiert werden.

Mitglied Christa Herrmannsdörfer hatte Geburtstag. Die Anwesenden gratulierten ihr bei der Gelegenheit auf dem Mitgliedertreffen mit einem Ständchen und stießen auf ihr Wohl an. Bei Kaffee, Kuchen und hausgemachten Dampfnudeln wurde viel erzählt und gelacht. Gut gelaunt traten alle Mitglieder den Heimweg an und freuen sich schon auf das nächste Mitgliedertreffen.



Bei den Zusammenkünften werden neben persönlichen Gesprächen auch organisatorische und politische Fragen besprochen.

Die Deutsche Rentenversicherung informiert zur Erziehungsrente als Form der Hinterbliebenenrente

Scheidungskinder auch nach Tod abgesichert

Die Erziehungsrente zählt zu den Hinterbliebenenrenten der Deutschen Rentenversicherung (DRV) und soll den Unterhalt des verstorbenen Partners ersetzen. Seit dem 1. Juli ist der Betrag für Kinder bis zum 18. Geburtstag gestiegen.

Gezahlt wird die Erziehungsrente aus der eigenen Versicherung, sofern die überlebende Person bis zum Tod des früheren Partners oder der Partnerin mindestens fünf Jahre lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung geleistet hat. Die Ehe muss außerdem nach dem 30. Juni 1977 geschieden worden sein und der überlebende Partner muss danach unverheiratet geblieben sein.

Beantragt wird die Erziehungsrente beim zuständigen Rentenversicherungsträger. Ein Anspruch besteht bis zum 18. Geburtstag eines Kindes. Empfänger*innen müssen beachten, dass das Einkommen auf die Höhe der Rente angerechnet wird, wenn es den Freibetrag überschreitet. Dieser beträgt 1.038 Euro pro Monat. Dazu kommt noch ein weiterer Freibetrag in Höhe von rund

220 Euro für jedes waisenrentenberechtigtes Kind. Alle Beträge, die über diesen Freibetrag hinausgehen, werden zu 40 Prozent auf die Erziehungsrente angerechnet. Weitere Infos unter Tel.: 0800 / 00 04 800 oder online: www.deutsche-rentenversicherung.de. Quelle: DRV

Ein Scheidungskind erhält auch nach dem Tod des Vaters weiter Geld.



Foto: JackF / Adobe Stock

SoVD Hockenheim sucht Ehrenamtler*innen

Der Ortsverband Hockenheim sucht dringend Mitglieder oder Interessenten, die an der aktiven Fortführung des Ortsverbandes Interesse haben und sich im Vorstand oder als Kümmerer / Kümmerin einbringen möchten.

Melden Sie sich bitte gerne bei der Landesgeschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf unter Tel.: 0621 / 84 25 6 884 oder per E-Mail an: Heike.Sommerauer-Doerzapfl@sovd.de.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14 Uhr: Kaffeetreff, Gasthaus Rebstock, Werastraße 35, 88045 Friedrichshafen.

Ortsverband Bodman-Ludwigshafen

11. Oktober, 18 Uhr: Vortrag „Selbstbestimmte Vorsorge“, Gemeindesaal der Ev. Kirche in Ludwigshafen am Bodensee, Johannes-Hüglin-Saal.

Ortsverband Höpfigen

22. Oktober, 14.30 Uhr: Vesper-Nachmittag im Gasthof zum Ochsen, Heidelberger Straße 18, 74746 Höpfigen.

Ortsverband Neukirch

18. Oktober, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag „Das Leben mit Demenz gestalten“ im Gasthaus Krone, Wildpoltzweiler, Kreuzweiherstraße 31, 88099 Neukirch.

Ortsverband Mannheim-Mitte

4. Oktober, 17 Uhr: Vorstandssitzung im Gasthaus Goldener Engel, Seckenheimer Hauptstraße 86, 68239 Mannheim-Seckenheim (nicht öffentlich).

Glückwünsche

Viele Menschen wissen, dass sie unglücklich sind. Aber mehr Menschen wissen nicht, dass sie glücklich sein könnten.
Albert Schweitzer

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

65 Jahre: 20.10. Alfred Schulz, Vogt; 24.10. Jürgen Pimiskern, Mannheim; 27.10. Jürgen Hengler, Leitkirch; 28.10. Klaus-Dieter Gley, Albstadt.

70 Jahre: 29.10. Gabriele Bierstedt, Mannheim.

75 Jahre: 20.10. Hans-Stefan Kaczmarek, Tettngang; 29.10. Angelika Hahne, Hockenheim;

80 Jahre: 8.10. Ursula Rösch, Reutlingen; 9.10. Barbara Herzberg, Mannheim.

85 Jahre: 6.10. Elisabeth Krusche-Frontzek, Baiersbrunn; 8.10. Paul Diringer, Mannheim; 27.10. Alois Steiniger Höpfigen; 31.10. Anton Treuer, Schönwald.

90 Jahre: 6.10. Olga Schaser, Albstadt; 10.10. Lore Pimiskern, Mannheim; 28.10. Anneliese Beiler, Reilingen.

94 Jahre: 17.10. Ermelinde Krumm, Sinzheim.

In den Geburtstagsgrüßen werden nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Bei Eigenarbeiten an Elektroleitungen besteht ein hohes Risiko

Strom-Unfall ist häufig tödlich

Neben wärmeisolierenden Tapeten und Werkzeugkoffern landen auch Stromkabel im Einkaufswagen. Doch wer Arbeiten an Stromleitungen in Eigenregie durchführt, spielt mit einem hohen Unfallrisiko, warnt die Aktion Das sichere Haus (DSH).

Der Handwerkerangel, steigende Preise und die Energiekrise befeuern den Trend zum Selbstmachen und Heimwerken. Aber einige Aufgaben sollten lieber Fachleute überlassen werden.

Strom-Unfälle sind zahlenmäßig keine Schwergewichte des häuslichen Unfallgeschehens – das sind die Stürze. Aber: Ein Strom-Unfall endet prozentual gesehen häufiger tödlich. „Ein Beispiel dafür ist das Aufladen von Handys in der Badewanne“, sagt Dr. Susanne Woelk, Geschäftsführerin der DSH.

Selbst das Befestigen einer gelockerten Steckdose sollte deshalb nur mit elektrotechnischen Vorkenntnissen und bei ausgeschalteter Sicherung geschehen. Hat sich lediglich die Plastikabdeckung der Steckdose gelockert, genügt es meist, die Schraube in der Mitte festzuziehen. Ist die eigentliche Steckdose gelockert, können die Metallkrallen durch Nachziehen der Spanschrauben wieder festgezogen werden. Doch schon hier ist Vorsicht



Foto: New Africa / Adobe Stock

Wer Geld sparen will und an elektrischen Leitungen selbst herumbastelt, riskiert seine Gesundheit und vielleicht sogar sein Leben.

geboten: Wird in der Dose versehentlich ein Kabel mit eingeklemmt, kann der gesamte Metallrahmen unter Spannung stehen. Deshalb muss zur Sicherheit der Metallrahmen auf Spannungsfreiheit geprüft werden, bevor man die Abdeckung anschraubt.

Die DSH rät, Arbeiten mit Strom im eigenen Haushalt

nicht in Eigenregie durchzuführen. Wenn es gar nicht anders geht, sollte vorab die Sicherung herausgedreht werden. Und: Die Installation von FI-Schutzschaltern ist eine gute Idee.

Arbeiten am Haussicherungskasten sind allerdings von vornherein eine Angelegenheit für Fachleute.

Quelle: Aktion Das sichere Haus

Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt.

Bei dringenden Anliegen können nach Terminvereinbarung auch außerhalb der Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden.

Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online- / Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle in Albstadt unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 9.30 bis 11.30

Uhr statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621 / 84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621 / 84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283 / 54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am

letzten Mittwoch eines Monats (außer August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621 / 84 14 172.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden sind jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart. Bitte unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621 / 84 14 172 anmelden.

Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb der Sprechzeit Telefonberatungen vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621 / 84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621 / 84 14 172 zur Verfügung.

Wichtiges Dokument der Selbstbestimmung – Tipps, um es in Angriff zu nehmen

Patientenverfügung angehen

Es ist ein Szenario, mit dem sich niemand gern beschäftigt, weshalb viele es aufschieben: Was ist, wenn Patient*innen im Ernstfall nicht mehr selbst Auskunft geben, über medizinische Maßnahmen entscheiden, zustimmen können? Um den eigenen Willen vorher festzuhalten, gibt es – neben der Vorsorgevollmacht für eine Vertrauensperson – die Patientenverfügung. Doch wie fängt man damit an?

Eine Patientenverfügung legt fest, dass in einer bestimmten Situation bestimmte Maßnahmen stattfinden oder unterbleiben sollen. „Will ich künstliche Beatmung, künstliche Ernährung? Will ich zu Hause sterben oder im Krankenhaus oder Hospiz?“ Solche Fragen lassen sich dort regeln. So wissen Ärzt*innen, welche Behandlung man wann wünscht – oder nicht.

Der SoVD erklärt alles ganz genau in seinen Broschüren „Vorsorgevollmacht“ und „Patientenverfügung“ (beide erhältlich auf www.sovd.de). Hier ist ein erster Überblick, wie das schwere Vorhaben leichter wird:



Foto: TheVisualsYouNeed / Adobe Stock

Welche medizinischen Behandlungen man möchte, sollte man festlegen, solange man körperlich und geistig dazu in der Lage ist.

Tipp 1: Vordrucke oder Textbausteine nutzen

Eine Hilfe sind Textvorlagen und -bausteine. Damit können Patient*innen die Verfügung nach ihrem Willen zusammen-



Die kostenlose SoVD-Broschüre mit mehr Infos kann man herunterladen unter: www.sovd.de/patientenverfuegung.

setzen. Laut der Zeitschrift „Finanztest“ (Ausgabe 9/2024) bietet das zudem mehr Rechtssicherheit, denn Formulierungen medizinischer Lai*innen könnten ungenau sein. Die SoVD-Broschüre enthält etliche Formulierungshilfen. Vorlagen gibt es auch etwa vom Justizministerium oder bei Hausärzt*innen.

Ein*e Notar*in ist unnötig! Datum und Unterschrift unter dem selbst Verfassten reichen.

Tipp 2: ärztliche Beratung in der Praxis einholen

Was heißt es zum Beispiel, künstlich beatmet zu werden, und wann kann es nötig sein? Um Maßnahmen, Sonderfälle und Folgen von Entscheidungen abzuschätzen, sollte man sich medizinisch zur Patientenverfügung beraten lassen. Das tun zum Beispiel Hausärzt*innen.

Leider ist das eine individuelle Gesundheitsleistung (IGeL), die gesetzlich Krankenversicherte selbst zahlen müssen. Laut „Finanztest“ fallen, je nach Umfang, 60 bis über 325 Euro an.

Tipp 3: regelmäßig prüfen, ob alles noch aktuell ist

Ist die Verfügung fertig, raten Verbraucherzentralen dazu, einen Hinweis im Portemonnaie mitzuführen, dass es sie gibt und wo genau sie hinterlegt ist.

Wichtig ist aber: Die eigene Meinung kann sich ändern, ebenso die Gesundheit! Darum sollte man alles regelmäßig überprüfen – laut Expert*innen alle drei bis fünf Jahre, so „Finanztest“. Eine weitere Unterschrift mit neuem Datum stelle klar, dass es der aktuelle Wille sei. Gültig seien aber auch „alte“ Schriftstücke. *ele/dpa*

Soziales Entschädigungsrecht vereinfacht Leistungen

Neues Gesetz für Opfer – alte Rechte bleiben

Seit Januar gilt das neue Sozialgesetzbuch (SGB) XIV, Soziales Entschädigungsrecht. Es fasst verstreute Leistungen aus dem Bundesversorgungsgesetz (BVG), Opferentschädigungsgesetz (OEG) und anderen Gesetzen zusammen und ergänzt sie. Noch können manche aber wählen, dass für sie die alten Regelungen zählen sollen.

Das SGB XIV soll Gesundheitsschäden abgelden, für die Staat und Gesellschaft miteinstehen. Es umfasst auch Leistungen zur Traumbewältigung, Krankenbehandlung, Reha, Teilhabe und Pflege. Für schnellere und gezieltere Hilfen sind alle gebündelt – aus den alten Gesetzen BVG und OEG, dem Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (ZDG), Infektionsschutzgesetz (IfSG) und weiteren.

Anspruch hat nun ein größerer Kreis: Geschädigte der Weltkriege, durch Zivildienst, durch Pflichtvorsorge wie Impfungen, Opfer des SED-Regimes, von (auch seelischer und sexueller) Gewalt oder Terroranschlägen, hier teils im Schnellverfahren, sowie An- und Zugehörige. Neben Geld- gibt es Sachleistungen wie Heil- und Hilfsmittel.

Neue Bescheide schickte das Amt, ohne dass vor 2024 schon Berechtigte etwas tun mussten. Doch insbesondere Kriegsgeschädigte können ein Jahr lang zwischen altem und neuem Recht wählen, also weiter ihre BVG-Leistungen erhalten. Sind diese befristet, gilt bis dahin ohnehin das BVG; auch eine Weiterbewilligung ist noch so möglich, bis Ende 2033. Für die meisten Betroffenen ist aber das neue SGB XIV von Vorteil. Es bietet Bestandsschutz, und einiges ist verbessert. Der anerkannte Grad der Schädigungsfolgen (GdS) bleibt. Unbefristete Zahlungen aus Einzelgesetzen werden addiert und um 25 Prozent erhöht; die Summe ist wie eine Rente dynamisiert. Auch Sachleistungen gibt es teils mehr. Welche Entscheidung im Einzelfall gut ist, kann eine SoVD-Sozialberatung klären. *ele*



Foto: Photographee.eu / Adobe Stock

Schnelle Hilfe soll es etwa bei Trauma nach Gewalt oder Terror geben.

Berufsbildungswerk des SoVD hat seit seiner Gründung 1.750 Absolvent*innen in einen Beruf gebracht

Vom BBW Stendal auf den Arbeitsmarkt

17 weitere Absolvent*innen des BBW Stendal erhielten Ende August nach einer abgeschlossenen Ausbildung ihre traditionelle Freisprechung und können ins Berufsleben starten. BBW-Geschäftsführer Rainer Erdmann beglückwünschte die Abgänger*innen und bedankte sich bei allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit, die zu ihrem Erfolg beigetragen habe.

Zwei Fachpraktikerinnen für Hauswirtschaft, fünf Fachpraktiker im Gartenbau, davon einer in der Fachrichtung Zierpflanzenbau und vier in der Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau, ein Gärtner, drei Fachpraktiker für Holzverarbeitung, ein Hochbaufachwerker, vier Polster- und Dekorationsnäherinnen sowie eine Raumausstatterin beendeten mit der Freisprechung ihre Ausbildung im Berufsbildungswerk Stendal. Die meisten von ihnen haben

bereits einen Arbeitsvertrag in der Tasche oder in Aussicht.

Geschäftsführer Rainer Erdmann verabschiedete sie und wünschte ihnen alles Gute für ihr Berufsleben. Außerdem begrüßte er zahlreiche Ehrengäste, unter anderem den Präsidenten der Handwerkskammer Magdeburg, Andreas Dieckmann, den Bundestagsabgeordneten Dr. Herbert Wollmann (SPD), den Oberbürgermeister der Hansestadt Stendal, Bastian Sieler (parteilos), der die traditi-

onelle Festansprache der Freisprechung hielt, die operative Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Sachsen-Anhalt Nord, Diana Nebe, sowie die Geschäftsführerin des Jobcenters Stendal, Dörte Engelhardt-Rothenberger.

Den formellen Akt der Veranstaltung nahm Ausbildungsleiter Jürgen Prehm mit der Freisprechung der Absolvent*innen vor. Für musikalische Begleitung sorgte wieder die Stendaler Musikerfabrik „Frank Wedel“.



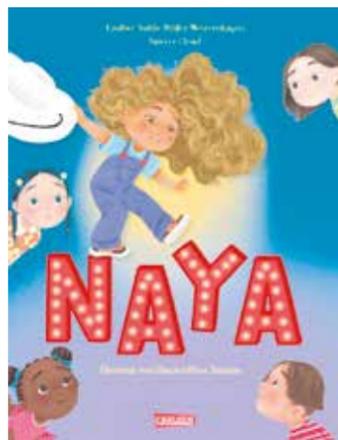
Foto: BBW Stendal

Jürgen Prehm, Ausbildungsleiter beim Berufsbildungswerk Stendal, hielt die Rede bei der Freisprechung der Absolvent*innen von Ausbildungen in unterschiedlichen Fachrichtungen.

Tipp für Kinder

Naya

Naya hat wunderschöne Haare, für die sie oft Komplimente erhält. Dabei wäre es Naya viel lieber, wenn die anderen sich nicht so sehr auf ihr Aussehen konzentrieren würden. Denn schließlich kann und liebt sie viele Dinge: Fahrradfahren, Rad schlagen, Bilder malen, singen – darauf ist sie stolz. Als ein Kind schließlich anfängt, Naya wegen ihrer Haare auszulachen, ist sie verletzt und versucht, ihr Haar zu verstecken. Zum Glück kommt Ella neu in die Kitagruppe. Von schrägen Blicken und merkwürdigen Bemerkungen lässt sich Ella nicht beeindrucken. Sie nutzt eine Insulinpumpe und ist daran gewöhnt. Schnell werden die beiden Mädchen beste Freundinnen.



Lindiwe Suttle Müller-Westernhagen, Sawyer Cloud: Naya. Carlsen, 32 Seiten, ISBN: 978-3-551-52301-3, ab 3 Jahren, 14 Euro.

Möchtest du das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schicke die Lösung aus „Rolands Rätselecke“ per E-Mail (Betreff: „Naya“) an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Rolands Rätselecke

Fuchs und Bär – schaut mal her!

Zum Herbstbeginn werden die Tiere des Waldes gezählt. Diese sollten sich hierfür eigentlich in Gruppen aufstellen – doch das hat leider nicht funktioniert. Findest du trotzdem heraus, wie viele Füchse und Bären auf dem Bild zu sehen sind? Die beiden Zahlen sind die gesuchte Lösung.



Foto: Igor Zakowski / Adobe Stock

Anzeige

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen

HP ab 65€

staatl. anerkt. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten Seniorengerecht, alle Zi. Flachdusche/WC/Fön/Safe/Wlan/TV.

Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de

Polnische Ostsee

Speziell für den SoVD inklusive Haustürabholung PLZ 0-5
Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60

14 Tage Kur - poln. Ostsee, 3***+ Hotel, 300m zum Strand
Schwimmbad/Sauna, Ü/F/H/P, 2 Anwendungen p. Werktag, Fahrstuhl, p.P./im DZ ab **599€**

14 Tage Kombi-Reisen Mai 2025
1 Woche **Masuren** mit Ausflüge und 1 Woche Erholung/ Kur poln. Ostsee, alles inkl. Haustürabholung, Ü/F/H/P, Ausflüge, Eintrittsgelder, Kur, p.P./im DZ **1.299€**

Die letzten freien Termine in Swinemünde, Kolberg, Henkenhagen
für Ihren Weihnachts- / Silvesterurlaub mit Transfer, kurzfristig buchen!!!
Ü/F/H/P/2 Anwendungen p. Werktag, Weihnachts u. Silvesterfeier **Katalog anfordern**

Nord-/ Ostsee

Büsum*FeWo-2Pers.** 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ **0174/6 11 3066**

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 85 € ☎ **0174/6882835**

Nord-Ostsee-Kanall Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos. Dachterr. Badesee. Hauspc ☎ **048 35/1300, landhausmgrashof.de**

Mittelrhein

RINGHOTELS Weihnachts- und Silvesterangebot ab € 749,- pro Person/Woche

KEIN EINZELZIMMERZUSCHLAG

7 oder 14 Übernachtungen / Vollpension vom 22.12.24 bis 05.01.25

Ringhotel Haus Oberwinter - Am Unkelstein 1a - 53424 Remagen
Telefon 02228 - 600 400 - hotel@haus-oberwinter.de - haus-oberwinter.de

Bayerischer Wald

Traumhafte Tage im Bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe
nähe Passau

großzügige Bäderlandschaft, versch. Säunen, Ruheoasen

Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
Gem. Komfortzimmer(WLAN) Wohlfühl-Bäderlandschaft. 5 Tage m. HP ab 335,- € p.P./DZ
Wahlmenüs mit reg. Zutaten, Salatbuffet, Frühstücksbuffet mit hausg. Köstlichkeiten.
Bäderlandschaft mit Säunen u. Ruheoasen zum Wohlfühlen. Massage & Kosmetiksalon.
Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl - der Höhepunkt Ihrer Reise.
2 Kegelbahnen, Tanzbar. Hoteleigene Tiefgarage.
Zentrale Lage für Ausflüge nach Passau, Böhmen und Österreich.
Romantik Posthotel - Fam. Dafinger - 94133 Röhrnbach - Marktplatz 1
Tel 085 82-80 88 - www.romantik-posthotel.de

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ **048 41/6 39 87**
www.jacobs-ferienwohnung.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ **04846/291**

BÜSUM, ****-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ **0 48 34/2611 - www.haus-corinna.de**

FeWh. für 2-4 Pers., kuschliges Privathaus in Westerland/Sylt, großer Garten ☎ **0174-5890901**

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + ÜF 25,- €. ☎ **0160/171 44 38**

Polnische Ostsee

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, Hotel**** ab **€198,-** optional Hausabholung & Anwd. JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstr. 20, 33098 Paderborn ☎ **05251/390 900**

Schleswig-Holstein

Inselstadt Ratzeburg. Kl. Ferienhaus für 2 Pers. Mit Bettwä. + Handtü. Eingez. Gartenflä. Hühner + Hahn auf Grundst. 40€ p.N. End.Rei. 30€ ☎ **0177-1727432**

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr

Auch zur Miete

- Service bundesweit
- Kurze Lieferzeiten
- Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an **0800 - 234 56 55**
www.minova-lift.de

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Ansprechpartner
Agentur Neun GmbH
Vanessa Kunz
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/ 53 90-123
E-Mail: vanessa.kunz@agenturneun.de

Odenwald

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald - Gruppenreisen 2024/25

69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfwiesenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/ WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangebote, für 20 - 50 Personen.
Claudia Eckelmann - Frieß · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 - www.schwanheimerhof.de

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV., Sep.-Eing., Ruh.Lage, 2Pers, ab 35,-€/Tag ☎ **055 24/16 30**

Teutoburger Wald

Bad Salzufen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse. ☎ **0 52 22 / 1 52 17** | fewobadsalzufen@gmail.com

Sänger Klaus Meine („Scorpions“) verkaufte die Straßenzeitung „Asphalt“

Einsatz gegen Obdachlosigkeit

Eines der ältesten Straßenmagazine in Deutschland feierte vor Kurzem 30. Geburtstag. Für den Verkauf der in Niedersachsen erhältlichen Zeitung engagierten sich aus diesem Anlass zahlreiche Prominente. Einer von ihnen war Klaus Meine, Sänger der Hard-Rock-Band „Scorpions“.

Statt auf der großen Bühne stand Klaus Meine an diesem Tag in der Fußgängerzone. Dort warb er gemeinsam mit Verkäufer Uwe für die Straßenzeitung „Asphalt“. Uwe selbst war lange alkoholabhängig, ist nun aber schon seit elf Jahren trocken. Und das, so sagt er, hätte er ohne die Hilfe eines Mitarbeiters von „Asphalt“ nicht geschafft.

Rund 200 Menschen verdienen sich derzeit mit dem Verkauf der Straßenzeitung etwas dazu. Sie können sich dadurch wieder stabilisieren und finden in einen geregelten Tagesablauf zurück.



Foto: Moritz Frankenberg / picture alliance

In Hannovers Innenstadt machte Klaus Meine (re.) Werbung für die 1994 gegründete soziale Straßenzeitung „Asphalt“.

Mitten im Kalten Krieg gewann Sängerin Nicole den Eurovision Song Contest

Der ewige Traum vom Frieden

Mit dem Lied „Ein bisschen Frieden“ gelang ihr ein Jahrhundertlied, das sie international bekannt machte. Angesichts weltweiter Konflikte hat der Inhalt des Musikstücks auch heute nicht an Bedeutung verloren. Am 25. Oktober feiert die Sängerin Nicole Seibert („Nicole“) ihren 60. Geburtstag.

Als 17-Jährige sorgte Nicole beim damaligen „Grand Prix Eurovision de la Chanson“ für eine Sensation. Nicht allein ihr Sieg überraschte, sondern auch die Tatsache, dass die Deutsche selbst aus Israel die volle Punktzahl für ihren Beitrag erhielt.

Kurz darauf folgt Nicole einer Einladung der israelischen Regierung. Sie singt die englische Version „A little Peace“ vor den Streitkräften des Landes. Und diese, erinnert sich die Sängerin, legten wie in Trance ihre Waffen nieder und fassten sich an den Händen.



Foto: Sven Simon / picture alliance

Mit einer weißen Gitarre und ihrem Wunsch nach „Ein bisschen Frieden“ schrieb die Schlagersängerin Nicole Musikgeschichte.

Als Feuerwehrfrau will Schauspielerin Christine Eixenberger auch Vorbild sein

Einsatz mit Feuer und Flamme

In der ZDF-Serie „Marie fängt Feuer“ spielt Christine Eixenberger eine Kommandantin der Freiwilligen Feuerwehr. Mit der Darstellung ihrer Rolle will sie das Engagement von Rettungskräften würdigen und zeigen, dass die Arbeit in diesem Bereich längst keine reine „Männer-Domäne“ mehr ist.

Christine Eixenberger schätzt die Arbeit von Rettungsorganisationen. Ohne die ehrenamtliche Tätigkeit vieler Menschen, davon ist sie überzeugt, würde deren Arbeit nicht funktionieren. Mit ihrer Darstellung der Feuerwehrfrau Marie will Eixenberger ihren Fans daher ein gutes Beispiel geben, sich ebenfalls zu engagieren.

Der neue Film „Aufbruch ins Ungewisse“ aus der Reihe „Marie fängt Feuer“ läuft am 10. Oktober um 20.15 Uhr im ZDF und ist bereits ab dem 3. Oktober in der Mediathek verfügbar.



Foto: Susanne Bernhard / ZDF

In „Marie fängt Feuer“ muss Marie Reiter (Christine Eixenberger) gemeinsam mit ihrem Team erneut Leben retten.



Buchtipp

Klicken Sie hier

Die Digitalisierung bestimmt immer stärker unseren Alltag. Das machen sich zunehmend auch Kriminelle zunutze. Der langjährige Interpol-Mitarbeiter und Experte für Cybercrime und Prävention, Cem Karakaya, und die Journalistin Tina Groll zeigen in ihrem Buch, wie man sich schützen kann. Sie erklären etwa, welche Gefahren speziell auf Kinder im Internet und in den sozialen Netzwerken lauern und gehen auf Betrugsmaschinen ein, mit denen gezielt Senior*innen ins Visier genommen werden. Neben zahlreichen Sicherheitstipps zur digitalen Selbstverteidigung machen Fälle von Datenmissbrauch das Buch „Klicken Sie hier“ zur spannenden Lektüre.



Cem Karakaya und Tina Groll: *Klicken Sie hier. Digitale Selbstverteidigung leichtgemacht.* Ariston, 256 Seiten, ISBN: 978-3-424-20291-5, 20 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Klicken Sie hier“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post mit dem gleichen Stichwort an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.



Denksport

Welches Tier versteckt sich hier?



Foto: Elles Rijdsdijk / Adobe Stock

Manchmal sieht man sprichwörtlich den Wald vor lauter Bäumen nicht – oder, um bei dem gezeigten Bild zu bleiben, das Laub vor lauter Blättern. In den weißen Feldern sehen Sie insgesamt acht Wörter, in denen sich Tiere versteckt haben. Als Beispiel enthält etwa das Wort „Ziegelstein“ gleich am Anfang eine „Ziege“. Ganz so einfach ist es dann allerdings nicht immer – viel Erfolg! Die Auflösung finden Sie wie immer auf Seite 18 dieser Ausgabe.

Buchtipps

Sind wir noch zu retten?

Luis Teichmann ist Rettungssanitäter. Bei seinen Einsätzen trifft er immer wieder auf Menschen im Ausnahmezustand. Die Abgründe, die sich ihm hinter den vielen Notrufen offenbaren, sind nicht nur medizinischer, sondern auch sozialer Art. Sie zeigen, woran unser Land wirklich krankt: Jugendliche in akuten psychischen Krisen, Wohnungslose, die man zum Ausnüchtern ins Krankenhaus fährt,



sowie Menschen, die im öffentlichen Raum nicht stören sollen, denen aber langfristige Hilfe verwehrt wird. Ein weiteres Problem sind Wohnblöcke, in denen sogar Menschen, die helfen wollen, zum Feindbild gehören. Spurlos gehen all diese Erlebnisse auch an den Rettungskräften nicht vorbei.

In seinem ersten Buch zeigte Luis Teichmann auf, was im System des Rettungsdienstes schiefläuft. Mit viel Empathie widmet er sich nun den Missständen in unserer Gesellschaft, mit denen er bei seinen Einsätzen konfrontiert wird.

Luis Teichmann: *Sind wir noch zu retten?* Goldmann, 208 Seiten, ISBN: 978-3-442-14314-6, 18 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Sind wir noch zu retten?“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Redensarten hinterfragt

Vor Gericht und auf hoher See

Dieses Mal beschäftigen wir uns mit der Redewendung „Vor Gericht und auf hoher See sind wir alle in Gottes Hand.“ Sie beschreibt Situationen, bei denen Menschen sich einem ungewissen Schicksal ausgesetzt sehen. Die Redensart entstand bereits zur Zeit des römischen Weltreiches. Damals waren Seefahrt und Rechtsprechung gleichermaßen unvorhersehbar und von äußeren Umständen abhängig.

Das Sprichwort entstammt dem römischen Recht. Es betont den Einfluss einer höheren Macht, sei es eine Naturgewalt oder eine juristische Instanz, auf das individuelle Schicksal. Ohne eigene Mitsprachemöglichkeit befand man sich letztlich in der Hand des Schöpfers.

Uneingeschränkt galt dies für die Besatzung von Schiffen. Denn wer sich damals auf den Weg über die Weltmeere machte, setzte sich unwägbar Gefahren aus und vertraute mit Blick auf eine sichere Heimkehr auf Gottes Beistand.

Vor Gericht sah es nicht viel besser aus. Die Verfahren früherer Zeit waren oftmals von Willkür geprägt, und das Urteil hing von Faktoren ab, die sich der eigenen Kontrolle entzogen.

Dieses Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer höheren Macht ist Menschen auch heute noch vertraut. An Aktualität hat die bildhafte Redewendung daher kaum verloren.

vertraut. An Aktualität hat die bildhafte Redewendung daher kaum verloren.



Foto: leonidkos / Adobe Stock

Die Gewissheit, das eigene Schicksal nicht selbst beeinflussen zu können, ist bis heute die Grundlage für Gottvertrauen.

Hätten Sie's gewusst?

Kühe können aufs Klo gehen

Kühe liefern uns Milch und werden auch als Fleischlieferanten geschätzt. Leider verunreinigen die Ausscheidungen der Tiere jedoch zusehends unsere Böden. Am Leibniz-Institut für Nutztierbiologie (FBN) in Dummerstorf brachte man daher Kälbern bei, eine für sie entwickelte Latrine zu benutzen.

Es klingt zunächst nach einem Scherz, könnte aber dazu beitragen, Umweltbelastungen zu verringern. Für ihr Experiment machten sich die Wissenschaftler*innen die Intelligenz der Kühe zunutze. Im Rahmen eines Toiletten-Trainings ähnlich dem von Kleinkindern lernten die Rinder innerhalb von zwei Wochen, für ihre Ausscheidungen eine Latrine zu benutzen. Das Prinzip war einfach: Verrichteten sie ihr Geschäft am richtigen Ort, wurden sie hierfür mit Futter belohnt.

von Algen. Gelingt es nun, die Ausscheidungen der Tiere zumindest zum Teil aufzufangen,

bevor sie im Erdreich versickern, wäre das also ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz.



Fotos: Olha Rohulya, UllrichG / Adobe Stock; Montage: SoVD

Eine Kuh macht „Muh“, viele Kühe machen Mühe. Das gilt in gewisser Weise auch für den Versuch, die Tiere stubenrein zu erziehen.

Variante: LEICHT

		7					8
9		6	8			4	7
	○	1	5		7		
8				6	3		○
7		5		4		8	6
3			7	8			4
			1		8	9	
	7	9			4	5	3
2					○	7	

Auflösung des Vormonats

6	7	8	5	2	4	3	1	9
5	2	9	7	1	3	6	4	8
4	1	3	8	9	6	7	5	2
9	6	1	3	5	2	8	7	4
7	4	5	9	6	8	1	2	3
3	8	2	1	4	7	5	9	6
2	9	7	6	3	5	4	8	1
8	3	4	2	7	1	9	6	5
1	5	6	4	8	9	2	3	7

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

6	2					5	4
3			1	2			
7	8			○	3		
2			5			1	
			7	8	4		
○		4			6		7
		2				1	3
			4	3			9
	3	8		○		2	5

Auflösung des Vormonats

5	4	3	2	1	6	7	9	8
8	7	2	9	5	3	6	1	4
6	1	9	8	7	4	2	5	3
7	9	5	4	8	1	3	6	2
3	2	4	7	6	5	1	8	9
1	8	6	3	2	9	5	4	7
9	6	8	1	3	2	4	7	5
2	5	7	6	4	8	9	3	1
4	3	1	5	9	7	8	2	6

Möchten Sie einen weiteren (hier nicht abgebildeten) Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Des Rätsels Lösung

Der Schatten des Zauberers (Ausgabe September, Seite 16)

Zu dem Zauberer gehörte der Schatten mit der Nummer 8.

Welches Tier versteckt sich hier? (Denksport, Seite 17)

- HOchseeangeln,
- RiSiKOKapital,
- WAffeleisen,

- DaChstuhl,
- LEselampe,
- ReifenwEchsel,
- DuSchwand,
- ReKLamation.

Mit spitzer Feder

Buchtipps



Hinterm Horizont geht's weiter

Lukas Hammerstein arbeitet als Reporter bei den Hamburg News. Sein neuer Chefredakteur hat ihm eine besondere Aufgabe zugedacht: Hammerstein soll über die Reichen und Mächtigen der Stadt berichten. Doch immer häufiger verunglücken Hamburgs Prominente tödlich – mal stürzt einer betrunken die Treppe hinab, mal rast einer gegen den Baum. Alles Zufall? Mit der verhaltensauffälligen Dackeldame Finchen und einem tiefenentspannten Udo Lindenberg an seiner Seite beweist Reporter Hammerstein wieder einmal den richtigen Riecher.



Lars Haider: *Hinterm Horizont geht's weiter*. Hoffmann und Campe, 288 Seiten, ISBN: 978-3-455-01779-3, 18 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Hinterm Horizont geht's weiter“ per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Frucht einer Waldstaude	Strand bei Venedig	Hinfahrt	Staat der USA	verunsichern; irritieren		bereitwillig	Regierungsform		Blutader zum Herzen	Tretkurbel	böser Mensch		ugs.: verdorben, kaputt	verhaften, festnehmen		sibir.-mongol. Grenzgebirge
									ugs.: längere Zeit Alkohol trinken			3				
Fußballklub aus Mailand (Kurzw.)					14	Autor von „Momo“ (Michael) † 1995					Viehhüter (poet.)					schwärmerisches Tonstück
Bodenentwässerung							11	Staat im Himalaja			Mittel-europäer, Magyar					
			1			Stadt in Rheinhessen		Karnevalsgeck					spanisch: Fluss		12	
südt.: Kiefer	e. Gedicht auswendig vortragen		Motorstarter (Kfz)			Lichtsignalanlage					Tempo eines Pferderennens		Hautöffnung			Kuchengrundlage
eine Auto-strebe							6	Fluss durch Augsburg			kariertes Textil-stoff					
		13		herb				Kamel in den Anden					Heizgerät		10	
mager, wässrig	Schlag			Wassersport-requisit							eingedickter Frucht-saft		Antrieb, Ver-lockung			5
See-manns-lied					8	Stadt im Allgäu		Gemisch			Vorname d. Schneider †					
Halbton über a		7		ein Leicht-metall (Kurz-w.)		besitz-anzei-gendes Fürwort		4			Tennis: Punkt mit dem Auf-schlag					
Sitzfläche des Menschen								die Stadion-welle: La ...		2						
						Stadt in Süd-frank-reich										
auf-, hoch-stemmen	Ball-spiel							englisch: ja							9	0317
AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ D ■ ■ ■ ■ K ■ K ■ ■ R ■ ■ H ■ L ■ ■ E R D G A S A U T O C A D I Z ■ ■ L A U R A L U B A H N M ■ ■ H E R Z H I P P E I ■ G I B ■ ■ B I C I S A F F B L U E T E ■ ■ H M B A D E S E E R L ■ ■ R E P E T I T O R T A F F ■ ■ E N A K T G P O L O N I A ■ ■ L L Z U G E G E N R I P S ■ ■ P E K I N E S E O R T S F E S T ■ ■ A A S T G A N G ■ ■ S T A P E L N D O G ■ ■ R E E D E R E G E L N ■ ■ R E N N E R L A U ■																

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Das Lösungswort zum Gewinnen eines weiteren, hier nicht abgebildeten Buchpreises bitte bis zum 15. Oktober einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 - 0, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortw.), Joachim Schöne (jos), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Brigitte Grahl (bg), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Nancy Gühne (Redaktionsassistentin). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen, Telefon: 07243/53 90 123, Mobil: 0176/47 12 98 86, E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelm-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 2. Quartal 2024 insgesamt 378.516 Exemplare. Die digitale Auflage (E-Paper) beträgt aktuell 56.577 Exemplare.





15 Tage p.P. ab € 896,-

Kur-Anwendungen inkl.!

Erholung an der Ostseeküste

Das Ostseebad Kolberg ist mit sechs Kilometer feinstem Sandstrand das größte Heilbad Polens. Aus morastigen Wiesen in der Umgebung wird das „Kolberger Heilmoor“ gestochen, das eine Reihe von hochwirksamen Stoffen enthält.



IHR HOTEL: 3+ Aparthotel Nad Parseta

Lage: Das moderne Kurhotel liegt an der Altstadt von Kolberg, am Fluss Parsante. Die Strandpromenade erreichen Sie in ca. 30 Gehminuten oder mit dem Shuttlebus (nach vorheriger Anmeldung; gg. kleine Gebühr).

Zimmer/Ausstattung: Die 86 Nichtraucherzimmer und -Appartements sind modern mit Dusche/WC, Fön, Sat.-TV, Telefon, Kühlschrank, Wasserkocher, kostenfreiem Internetzugang (WLAN), Balkon und Safe (gg. Gebühr) ausgestattet. Im Hotel Nad Parseta befinden sich zudem eine Rezeption mit Wechselstube, Safevermietung und Bademantelverleih (jeweils gg. Gebühr), drei Lifts, ein Restaurant und eine Bar.

Freizeit/Kur/Unterhaltung: Die Kur-Anwendungen erfolgen in den hauseigenen Behandlungsräumen. Es werden bspw. Moorpackungen, Bäder, Massagen und Inhalationen angeboten. Im Hotel befinden sich darüber hinaus ein kleines Schwimmbad (2 x 5 m, ca. 27°C), Whirlpool, Fitnessraum (kostenlose Nutzung) sowie eine Salzgrotte und eine finnische Sauna (jeweils gg. Gebühr).



3+ Aparthotel Nad Parseta



Zimmerbeispiel, 3+ Aparthotel Nad Parseta

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ **Haustürabholung inkl. Kofferservice***
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus*
- ✓ 14x Übernachtung im 3+ **Aparthotel Nad Parseta**
- ✓ 14x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ **14x Abendessen als Buffet**
- ✓ 1x Kuchenbuffet pro Woche
- ✓ Ärztliches Eingangsgespräch
- ✓ **3 Kur-Anwendungen pro Werktag*2 (Mo-Fr) nach ärztlicher Vorgabe**
- ✓ Kostenfreie Nutzung von Schwimmbad, Whirlpool und Fitnessraum (außerhalb der Therapiezeiten)
- ✓ Kostenfreie Teilnahme an den Hotel-Veranstaltungen
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ **Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung**
- ✓ Vorteilskarte mit Vergünstigungen in den Geschäften vor Ort
- ✓ 24-Stunden-Notruftelefon
- ✓ Möglichkeit zur Buchung von Ausflügen vor Ort

TERMINE & PREISE 2025 p.P.

Anreise: samstags	15 Tage/14 Nächte	
	im DZ	EZ-Zuschlag
S 25.10.25*	€ 896,-	€ 308,-
A 11.10.25; 18.10.25	€ 946,-	€ 308,-
B 04.10.25	€ 996,-	€ 308,-
C 26.04.25; 03.05.25; 10.05.25; 17.05.25; 24.05.25; 31.05.25; 07.06.25*3 13.09.25; 20.09.25; 27.09.25	€ 1.046,-	€ 308,-

Hinweise:
 *Gültig für Zone 1 (PLZ 01-19; 39; 98-99) / Aufpreis für Zone 2 (PLZ 20-23; 27-38; 40-52; 55-65; 67-69; 95-97) € 50,- p.P. / Aufpreis für Zone 3 (PLZ 24-26; 53-54; 66; 70-94) € 150,- p.P.
 **An polnischen Feiertagen entfallen die Kur-Anwendungen ersatzlos.
 *Letzte Rückreise am 21.06.25 und 08.11.25
 > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort: ca. € 1,60 p.P./Tag
 > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
 > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.kurdirekt.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.kurdirekt.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Salzgrotte, 3+ Aparthotel Nad Parseta



8 Tage p.P. ab € 1.177,-*1
statt € 1.277,-

Jetzt buchen & bis zu € 100,- p.P. Frühbucher-Ermäßigung sichern!

Flusskreuzfahrt „Donauklassiker“

Begleiten Sie uns auf eine abwechslungsreiche Donau-Kreuzfahrt mit dem exklusiven 4++ **Schiff CELINA**. An Bord können Sie sich ganz entspannt zurücklehnen und die Aussicht auf vorbeiziehende Naturschönheiten, wie die weinselige Wachau genießen. Bei Ihren Landgängen erkunden Sie sehenswerte Metropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava. Lassen Sie sich von der Vielfalt der lieblichen Donau verzaubern!

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau mit Möglichkeit (exkl.) zum abendlichen Spaziergang und Einschiffung.		23:30 Uhr
2	Linz (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zum Ausflug nach Steyr.	07:30 Uhr	18:00 Uhr
3	Wien (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	08:00 Uhr	19:30 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Möglichkeit (exkl.) zur Stadtrundfahrt/-gang.	12:00 Uhr	-
5	Budapest (Ungarn)	-	16:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Möglichkeit (exkl.) zum Stadtrundgang.	09:00 Uhr	18:30 Uhr
7	Pöchlarn (Österreich) mit Möglichkeit (exkl.) zur Besichtigung des Benediktinerstifts Melk.	12:30 Uhr	16:30 Uhr
8	Passau , Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	08:30 Uhr	



Kabinenbeispiel, 4++ CELINA



Panorama-Salon, 4++ CELINA

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ **Haustürabholung inkl. Kofferservice**
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ **CELINA** und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ **Vollpension an Bord**
- ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung (Sauna, Whirlpool etc.)
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ **Kreuzfahrtleitung und deutschsprachige örtliche Reiseleitung**
- ✓ Alle Hafen- und Passagiergebühren
- ✓ Kofferservice zwischen Anlegestelle und Kabine bei Ein- und Ausschiffung

TERMINE & PREISE*1 2025 p.P.

in 2-Bett-Kabine	Hauptdeck vorn/achtern (HX)	Zuschlag 2-Bett Kabine zur Alleinbenutzung
Abfahrtstermine: montags		
A 24.03.25*2; 31.03.25	€ 1.177,- statt € 1.277,-	30%
B 07.04.25; 14.04.25*2	€ 1.277,- statt € 1.377,-	60%
C 05.05.25; 12.05.25 07.07.25 28.07.25*2	€ 1.377,- statt € 1.477,-	75%
D 02.06.25*2; 09.06.25 30.06.25	€ 1.477,- statt € 1.577,-	90%

ZUBUCHBARE LEISTUNGEN p.P.

- > Aufpreis **Abendlicher Spaziergang in Passau***3 (nur vorab buchbar): € 39,-
- > Aufpreis **Getränkpaket**: € 203,-
- > Aufpreis **Ausflugspaket (5 Ausflüge)**: € 195,-
- > Weitere **Kabinenkategorien** auf Anfrage.

Hinweise:
 *Frühbucher-Preise sind gültig bei Buchung bis 31.10.24. Ab 01.11.24 gilt ein Zuschlag von € 100,- p.P.
 *Single-Spezial: Zuschlag für Kabine zur Alleinbenutzung um 50% reduziert (begrenzt Kontingent!)
 *Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen
 > **Routenänderungen** vorbehalten.
 > **Reiserücktritts-Versicherung** empfehlenswert.
 > **Veranstalter:** Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/arb oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Ihre Reiseroute

Beratung & Buchung: 0800 - 228 42 66 gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

Online buchbar direkt unter: www.kurdirekt.de

Beratung & Buchung: 0800 - 55 66 700 gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

info@reise-koenig.de

Entlastung in der häuslichen Pflege mit den Pflegehilfsmitteln von meinPflegeset!

Nach § 40
SGB XI ab
Pflegegrad 1*

So einfach gehts:

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite **downloaden**
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück **senden** – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflegeset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen

*Setzt einen entsprechenden Bedarf laut § 40 Absatz 2 SGB XI und die Notwendigkeit im Einzelfall voraus.



Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de

meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner

Praxis Partner ist seit fast 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner Fachversand für
Arzt- und Laborbedarf GmbH

In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

fachversand@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de



Spezialitäten-Haus
Ihr Coniserie Versand

Kennenlern-Paket

- 175 g Gebäckmischung mit Florentinern, Mandelhappen, Vanille Kipferl und mehr
- 200 g Aachener Lebkuchen-Printen-Mischung
- 200 g Mini-Marzipan-Stollen
- 100 g Elisen-Lebkuchen
- 80 g Mozartkugeln
- 35 g Belgische Pralinés
- 31 g Nougat-Pralinés
- 31 g Marzipan-Pralinés
- 60 g Oblaten-Lebkuchen
- 62 g Marzipan-Butter-Kirsch-Törtchen
- 50 g Kokostörtchen, Aprikose-Kirsch
- 12 g Zitronen-Bonbons

Insgesamt 1.036 g

+ Gratis Kalender u. Kugelschreiber

Best.-Nr. 1000
(Bruttogewicht 1.400 g)

nur € 14,95
€ 14,43/kg

+ GRATIS Kugelschreiber
+ GRATIS Kalender

Widerrufsrecht/Widerrufbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht Beförderer ist, die Waren in Besitz genommen haben bzw. hat, zu widerrufen. Um dies auszuüben, müssen Sie uns (Spezialitäten-Haus G. Schulteis GmbH, Nassauer Straße 31-33, 52146 Würselen, Tel.: 02405 / 70 94 71, Fax: 02405 / 70 94 26, E-Mail: info@spezi-haus.de) mittels Brief, Fax oder E-Mail über Ihren Vertrags-Widerruf informieren (auch möglich mit dem Muster-Widerrufsformular auf unserer Webseite www.spezi-haus.de). Es reicht aus, dass Sie die Mitteilung vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden. Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, erhalten Sie alle Zahlungen einschließlich Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, falls Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben) unverzüglich und spätestens binnen 14 Tagen (ab dem Tag, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf bei uns eingegangen ist) zurück. Sie haben die Waren binnen 14 Tagen ab Widerruf an uns zurückzusenden. **Datenschutz:** Sie können die Löschung oder Änderung Ihrer Daten verlangen, der Verarbeitung zu Werbezwecken widersprechen oder eine erteilte Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Kontaktieren Sie uns dazu unter o.g. angegebener Adresse. Detaillierte Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.spezi-haus.de/datenschutzerklaerung.

Gewinnen Sie ein Wochenende in Hamburg für 2 Personen

- 2 Übernachtungen im Hotel Europäischer Hof inkl. Frühstück
- Musical „König der Löwen“
- Stadt- und Hafensrundfahrt
- An-/Abreise mit der DB

Einsendeschluss: 07.01.2025

Oder online teilnehmen unter www.spezi-haus.de/Hamburg

Gewinnspiel

Seit wie vielen Jahren gibt es das Spezialitäten-Haus?

seit 25 Jahren seit 40 Jahren

Bitte die richtige Antwort ankreuzen!

Teilnahmebedingungen zum Gewinnspiel: Der Gewinner wird unter den rechtzeitig eingegangenen Einsendungen (Poststempel) gezogen und von uns direkt benachrichtigt. Die Gewinnchance ist von einer Bestellung unabhängig. Der Gewinn ist nicht übertragbar. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen und eine Barauszahlung des Gewinnes ist nicht möglich. Die Auslosung findet am 14.01.2025 statt. Mit der Absendung des Gewinn-Coupons akzeptiert der Teilnehmer diese Teilnahmebedingungen. Mitarbeiter von Spezialitäten-Haus Aachen sowie deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Seit 40 Jahren Ihr Spezialist für
CONFISERIE & DELIKATESSEN

Bestell-Coupon

Bitte Werbe-Code **759** bei der Bestellung angeben

Telefon
02405-70 94 71

Best.-Nr.	Stück	Artikel	Preis/€	Gesamt €
1000		Kennenlern-Paket <small>Kann je Haushalt nur einmal abgegeben werden - zum Kennenlernen!</small>	14,95	
<small>+ Versandkostenanteil je Sendung (innerhalb Deutschlands)</small>				4,95 €
			Gesamt	

Name Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort Tag Monat Jahr

Telefon Geburtsdatum

Datum Unterschrift

Mit meiner Unterschrift akzeptiere ich Ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen. Diese, wie auch weitere Informationen zu unseren Produkten (Zutaten usw.) sowie Versandkosten Ausland, können unter 02405 / 70 94 71 angefragt oder auf www.spezi-haus.de eingesehen werden.

Bitte Coupon ausfüllen und senden an:
Spezialitäten-Haus · G. Schulteis GmbH · Postfach 10 13 17 · 52013 Aachen
Fax 02405/70 94 26 · info@spezi-haus.de · www.spezi-haus.de

Oder gleich bestellen unter: www.spezi-haus.de/759

Lesen, was gesund macht.



Sichern SIE sich jetzt Ihren Anzeigenplatz für das nächste Jahr!



Agentur Neun GmbH
Ansprechpartner: Vanessa Kunz

Pforzheimer Str. 132
76275 Ettlingen

Telefon: 07243/5390-123
E-Mail: vanessa.kunz@agenturneun.de

»Ich verschwinde nicht –
ich verwandle mich.«



Reerdigung – eine Bestattung im Kreislauf der Natur

Natürliche Mikroorganismen transformieren nach dem Tod den Körper. Innerhalb von 40 Tagen entsteht wertvolle Humuserde – ganz ohne schädliche Beigaben und ohne den Einsatz von fossilen Brennstoffen. In der neuen Erde sind wertvolle Pflanzennährstoffe enthalten. So kann sich der natürliche Kreislauf schließen.

Der Welt etwas Gutes hinterlassen

Mit einer Reerdigung hinterlassen Sie fruchtbare Erde, auf der Pflanzenleben gedeihen kann. Das ist gut für die Umwelt und tröstlich für die Hinterbliebenen. Zugleich tragen Sie zum ökologischen Wandel unserer Bestattungskultur bei.

MEINE ERDE bietet Ihnen eine finanzielle Absicherung der Reerdigungskosten über ein Treuhandkonto an – die MEINE ERDE-Vorsorge.

Wir beraten Sie gerne unter:

☎ 030. 209 655 865
www.meine-erde.de/vorsorgen

Wo eine Reerdigung möglich ist

Reerdigungsbestattungen können derzeit an zwei Standorten (Alvarien) in Schleswig-Holstein durchgeführt werden. Alle Alvarien und Partnern der Reerdigung finden Sie auf: www.meine-erde.de/standorte.

MEINE ERDE

Denken Sie **JETZT**
an Ihre Gruppenreise 2025!



Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bayerischer Wald

Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräutersauna, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse. Frühstücksbuffet, Menüwahl.

5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ
inkl. 1 x Reiseleitung für eine Tagesfahrt **€ 330,-**



URLAUBSHOTEL

Binder

Inhaber: Alfred Binder
Freihofer Str. 6 | 94124 Büchlberg
Tel. 08505-9007-0 | Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de

www.HotelBinder.de

MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS






**HASSERÖDER
BURGHOTEL**
WERNIGERODE / HARZ

BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR




Burg-Erlebnis - Urlaub im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- **4 Tage / 3 Übernachtungen** HP+ inklusive umfangreiches Wohlfühl- und Erlebnispaket mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **3 Abendessen** vom abwechslungsreichen Buffet inkl. Getränkeauswahl im Restaurant „Burghof“
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf das Hotel-Friseur-Angebot*
- **Eintritt in die Westernstadt Pullman City Harz in Hasselfelde**
- **Eintritt Bürger- und Miniaturenpark Wernigerode**
- **Eintritt Burg Falkenstein im Harz**
- **Wertgutschein Hotel-Shop**

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 27.10.24

Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
Zzgl. WE-Zuschlag für Erw. 15,00€/Erw./Nacht (Fr & Sa),
zzgl. Energiekostenpauschale 3,00€/Erw./Nacht.

je Erw. im DZ

339,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.



Jetzt bis zu
**36%
Vorteil!**



HARZPIN.de
ERLEBNISZIELE IM HARZ

* nach Voranmeldung/Verfügbarkeit

BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49(0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE



**Krauterhaus
Sanct Bernhard**

www.kraeuterhaus.de

Bestell-Telefon: 073 34/96540

120 Jahre



Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Bio-Hagebutten

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müslis oder zur Vermischung mit Saft. Von Natur aus mit Galaktolipiden. Vegan, glutenfrei!

Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = € 24,00) € 12,00
ab 3 Dosen (je 1kg = € 22,00) € 11,00



Magnesium 400-supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält 400mg reines Magnesium.

Aktion im Oktober 2024:
Zu jeder Packung ➔ 1 Packung GRATIS!

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate € 8,50
Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Monate € 17,50

Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln € 21,50
ab 3 Packungen nur € 19,00

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32

auch online einlösbar!

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** **Vitamin C + Zink Langzeit-Kapseln, 60 Stück** Für gesunde, vitale Abwehrkräfte!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probaset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96046	Vitamin C + Zink Langzeit-Kps.	1	GRATIS	
versandkostenfrei				

Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz. Alle Informationen zu unseren Produkten und die AGB finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/sovd241032

Name, Vorname: _____
Straße, Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
Telefon (falls Rückfragen): _____ Geburtsdatum: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bestellung bitte an:
Krauterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Ditzcnbach
Tel.: 073 34/96540
Fax: 073 34/965444
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

Grünlippmuschel-Kapseln

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen im Bindegewebe, den Gelenknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 150 Kapseln für 2 Monate € 12,50
Best.-Nr. 1850 300 Kapseln für 4 Monate € 23,00

Vitamin C + Zink + D3 + Selen

Vitamin C, D3, Zink und Selen tragen zu einer **gesunden, normalen Funktion des Immunsystems** bei. Hochdosiert in einer Tablette täglich, stellen sie eine bequeme und zugleich effektive Möglichkeit dar, **Abwehrkräfte und Immunsystem** tatkräftig zu unterstützen – und zwar **ein ganzes Jahr lang!**

Best.-Nr. 1476 365 Tabletten € 32,50
ab 3 Packungen nur € 29,50

Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von **Gedächtnisleistung, Lernfähigkeit und geistiger Fitness** ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von **Gehirn, Psyche und Nervensystem** abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81 180 Kapseln für 6 Monate € 13,50
ab 3 Packungen nur € 12,00

Vitamin B12 Supra 200µg

Gut für die **gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem** sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält 200µg Vitamin B12.

Best.-Nr. 118 240 Tabletten für 4 Monate € 6,50
ab 3 Packungen nur € 5,95

SoVD-Zeitung digital



Gleich QR-Code
scannen und
anmelden!

- + schneller bei Ihnen als im Postversand
- + enthält alle Landesbeilagen sowie zusätzliche Links und Videos in den Artikeln
- + für Tablets und Smartphones
- + schont die Umwelt



Wechseln Sie zum E-Paper!

Der kürzeste Weg zur Anmeldung geht über das Smartphone. Einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Es erscheint ein Link, den Sie antippen können. Wenn auf Ihrem Gerät kein Scanner installiert ist, finden Sie einen im AppStore oder bei Google Play.

Foto: Farknot Architect / Adobe Stock

Sie können sich auch per Post anmelden. Schicken Sie das ausgefüllte Formular an:
Sozialverband Deutschland
Abteilung Redaktion
Stralauer Straße 63, 10179 Berlin

Ich möchte in Zukunft die SoVD-Zeitung digital als E-Paper erhalten.

Name

Vorname

E-Mail

Telefon

Mitgliedsnummer

Unterschrift

Gerne können Sie sich auch direkt über die Website anmelden: www.sovd.de/e-paper